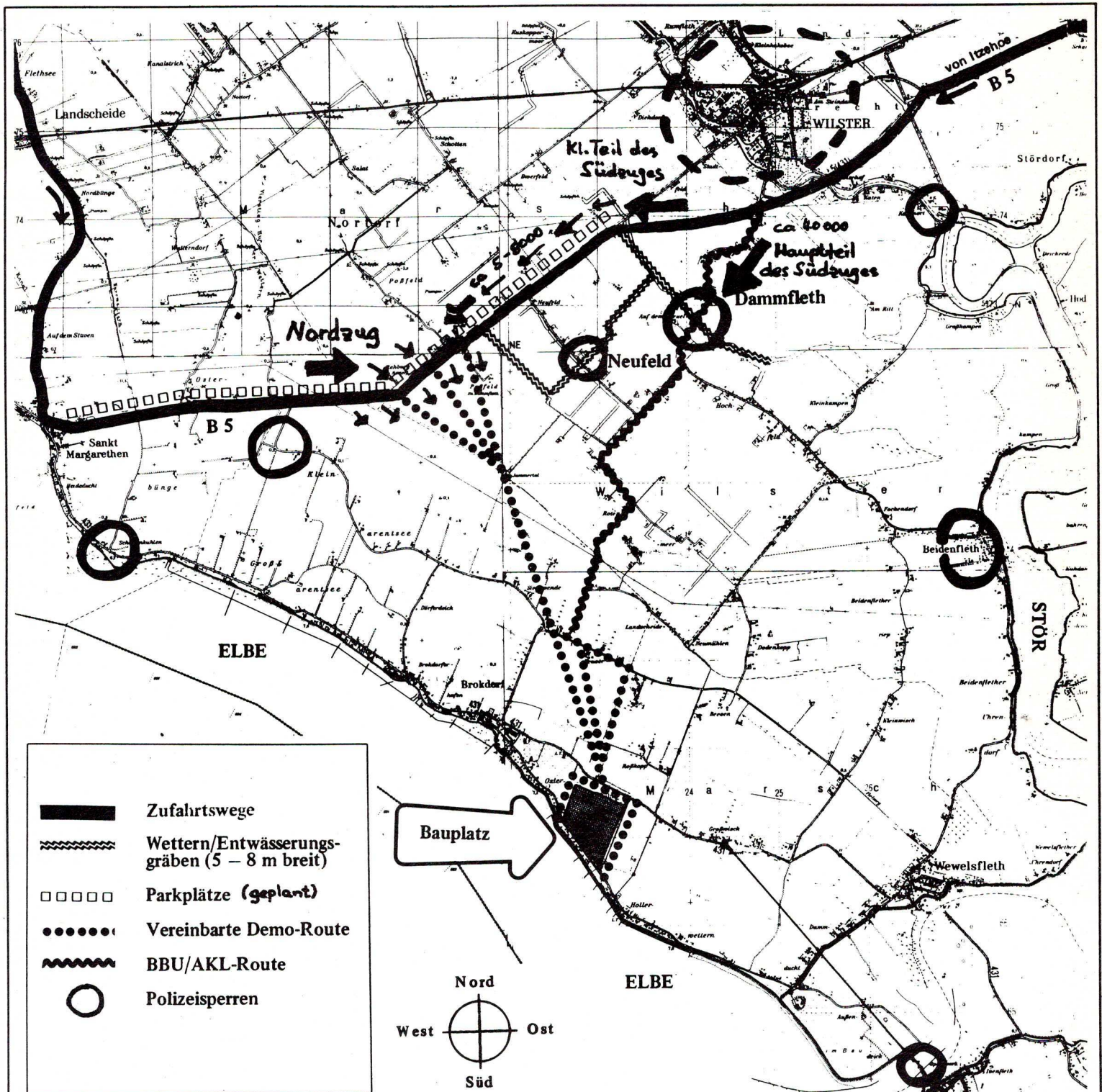


Brokdorf 28.2.

..wo geht's denn hier zum Bauplatz ?

Das werden sich viele AKW-Gegner gefragt haben. Deshalb auf der ersten Seite unserer kleinen Brokdorf-Dokumentation eine Übersichtskarte. Wenn ihr umblättert, fängt ein interessanter Augenzeugenbericht über die Geschehnisse in der Wilster Marsch an, den B. aus Frankfurt geschrieben hat. Auf den Seiten 12, 13 und 14 dokumentiert der Aktionskreis Leben Ham-

burg die Brokdorf-Aktivitäten der organisierten Gewerkschafter. Nach einigen Stellungnahmen und einer kleinen 'Einschätzungs-Presseschau' folgt ein Grundsatzartikel 'zur Lage' nach der Brokdorf-Demo. Anschließend folgen fünf Seiten zur Kriminalisierung, auf denen es vor allem um die ungeheuren Mordvorwürfe gegen Brokdorf-Demonstranten geht.



Von Westen über St. Margarethen kamen der Hamburger und der Nordzug. Von Osten über Wilster kam der Südzug und der Zug von BBU, Jusos, AKL und DKP. Vereinbart war in der Koordination, alle Demonstranten auf die B 5 zu führen. Westlich von Neufeld sollte dann über Feldwege zum Bauplatz marschiert werden. Dies ist die einzige Stelle, an der der Weg zum Bauplatz nicht durch breite Gräben erheblich behindert wird. Diesen Vorteil bietet der Weg über Dammfleth nicht. Die Straße dort wird durch einen 5 bis 8 m breiten Graben unterbrochen. Die Brücke bietet einen idealen Standort für die Polizeisperre, ohne daß diese umgangen werden kann. Schon ab 11 Uhr zogen Zehntausende von der B 5 über die Wiesen unkontrolliert Richtung Brokdorf, während der Zug von BBU und Jusos auf Dammfleth zumarschierte, dort aufgehalten und die Demonstranten einzeln kontrolliert wurden. Das gesamte Gebiet zwischen St. Margarethen, Bauplatz und Wilster war voll von Demonstranten. Darüber hinaus stauten sich die Menschen über Wilster hinaus bis nach Itzehoe.

Wilster 29.2.81 Mit dem Demonstrationsverbot, Horrormeldungen über "brandschatzende Chaoten", Hetzkampagne in der Presse, sollte eine Situation erzeugt werden, in der es möglich sein würde, mit äußerster Härte gegen "gewalttätige Demonstranten" vorzugehen. Wesentlichste Rechtfertigungsgrundlage war dabei das Verbot selbst. Eine sogenannte illegale Demonstration sollte der Polizeiführung im rechtsfreien Raum der Marsch die Handhabe schaffen, auch ohne direkten Anlaß Gewalt gegen die Demonstranten anzuwenden. Wie die Polizei systematisch die Situation eskalierte und am Samstag nachmittag die Demonstration vor dem Bauzaun angriff, schildert folgender Augenzeugenbericht eines Fotografen:

Schon am Tag vor der Demonstration hat die Polizei eine Art Notstandsübung absolviert. Sehr einschüchternd wirkte allein ihre massenhafte Präsenz auf allen Straßen und Plätzen, ihre Einquartierung auf Höfen, Schulen usw. Kein Winkel ist sicher vor den Blicken der vielen "unauffälligen Herren". Einheimische lassen sich draußen kaum sehen, Höfe wirken wie verlassen. Gegen Abend werden die Straßen und Brückensperrungen verstärkt. Allein 60 große Sandcontainer hat die Polizei bei einem Unternehmen für diesen Zweck bestellt.

Auf dem Bauplatz selbst hektisches Treiben, wie auf einem Ameisenhaufen, wengleich keinerlei Sinn darin zu sehen ist, als die riesige Maschinerie probelaufen zu lassen. Hunderte Fahrzeuge, auch Panzerwagen, stehen bereit. Auf Hochständen sind etwa alle hundert Meter Wachbuden aufgebaut, wahrscheinlich als erhöhte Kampfstände zum Abfeuern von Gasgranaten u.ä. vorgesehen. Die martialischen Befestigungsanlagen davor lassen unschwer eine gewisse Nachahmung der Berliner Mauer erkennen. Hinter einem mehrere Meter breiten Wassergraben 6 Rollen Natodraht, 2 Eisengitterzäune mit Überhang oder Betonplatten. Dahinter alle paar Meter BGS-Soldaten in Tarnuniform. Atomenergie schafft Arbeitsplätze.

Am Haupttor lauern zwei dutzend Pressekollegen auf etwas Action. Sie liefern sich mit den Polizeidokumentationstrupps hinterm Zaun wilde Film- und Knipsgefechte.

Drei Hubschrauber kreisen unentwegt über der Marsch, registrieren jede Bewegung. Am Spätnachmittag ziehen etwa hundert Leute aus Protest gegen das Demoverbot von Hollerweddern am Bauplatz vorbei nach Brokdorf. Über dem Schweigemarsch der Gewaltfreien das Dröhnen schwerer Kampfhubschrauber.

Um den Bauplatz sind inzwischen zwei Hundertschaften ausgeschwärmt, sehen hinter jeden Strauch, stöbern an den Höfen und Schuppen herum - offenbar mit dem Auftrag, alles, was als Wurfgeschoss dienen könnte, zu beseitigen. Als sie über Deich und Strand ans Elbufer kommen, weiß der Einsatzführer auch nicht mehr so recht weiter, ob die Steine, die hier dicht an dicht als Uferbefestigung dienen, weggeschafft oder nur bewacht werden sollen.

Hunderte von Leuten sind schon jetzt in den Landkreis gekommen und haben bei Bauern Quartier gefunden. Die Nervosität und Spannung im belagerten und hermetisch abgeriegelten Landkreis wird am Vorabend der Demo mehr und mehr unerträglich. Angereiste Demonstranten und Einheimischen diskutieren bis spät in die Nacht, versuchen über Anrufe und Nachrichten die wichtigsten Informationen zu bekommen. Was wird der morgige Tag bringen?

Einige Medien hatten mit den bisher härtesten Auseinandersetzungen und Toten gedroht. Angst in vielen Gesichtern, aber auch Entschlossenheit, sich nicht abschrecken zu lassen. Die Totale Kontrolle, Überwachung und Abriegelung, das Gefühl, keine Verbindung mehr nach draußen zu haben - werden die Telefone abgehört oder gar abgestellt? - lassen alpträumerhaft die Zukunft Atomstaat erahnen: bei einem großen Atomkraftwerksunfall könnte man ähnlich wie jetzt in der Falle sitzen.

Mit Leuten vom Hof, wo wir übernachteten, mache ich am Abend eine Rundfahrt durch die besetzte Marsch. Der Pressepassierschein wirkt wider Erwarten Wunder, und wo uniformierter Stursinn sich uns in den Weg stellt, weiß der Bauer Schleichwege. So kommen wir vorbei an Sperrungen - ausgebaut, als gelte es den Hunnensturm aufzuhalten - bis direkt an den Bauzaun. Wieder und wieder Kontrollen. Dem Interesse der Presse zu dieser Stunde kann der Polizeioffizier nur mißtrauen. Für ihn gibt es nur eine Erklärung: unter Mißbrauch des Passierscheins fahre ich hin und her und schleuse so nach und nach Leute in die Sperrzone.

Wir haben am Abend erfahren, daß im Krankenhaus Itzehoe das Personal in der Behandlung von einem hochgiftigen Kampfgas unterrichtet worden ist. Nach langer Einwirkung könne es nach mehrstündigem Husten Wasser in der Lunge ansammeln und zu akutem Herztod führen. Die Polizei soll auch Anweisung an das Deutsche Rote Kreuz gegeben haben, daß die Sperrungen auch für Krankentransporte nicht passierbar sein werden. Rotkreuzler, die wir an diesem Abend antreffen, wirken sehr eingeschüchert, sind schwer zum reden zu bewegen und werden schließlich von Vorgesetzten zurückgepfiffen.

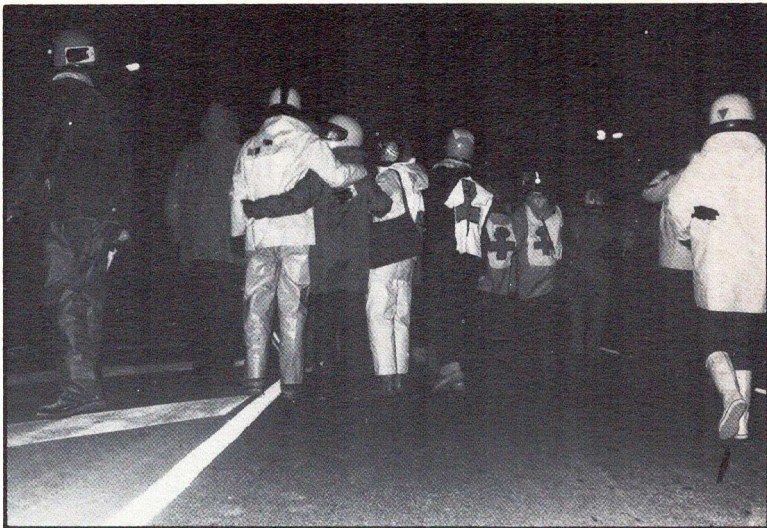
Auf dem Heimweg nachts um eins bemerken wir, daß auf Gräben und Bächen durch Wasserablassen und Überfluten das Eis zerstört wurde. Eine besonders rücksichtslose Absperrmaßnahme der Polizei. Gegen den Widerstand der Bauern kann diese Maßnahme nicht überall durchgezogen werden. Auf Feldern, wo gerade die Saat aufgeht, wird das Eis große Schäden anrichten.

Samstag morgen in Wilster

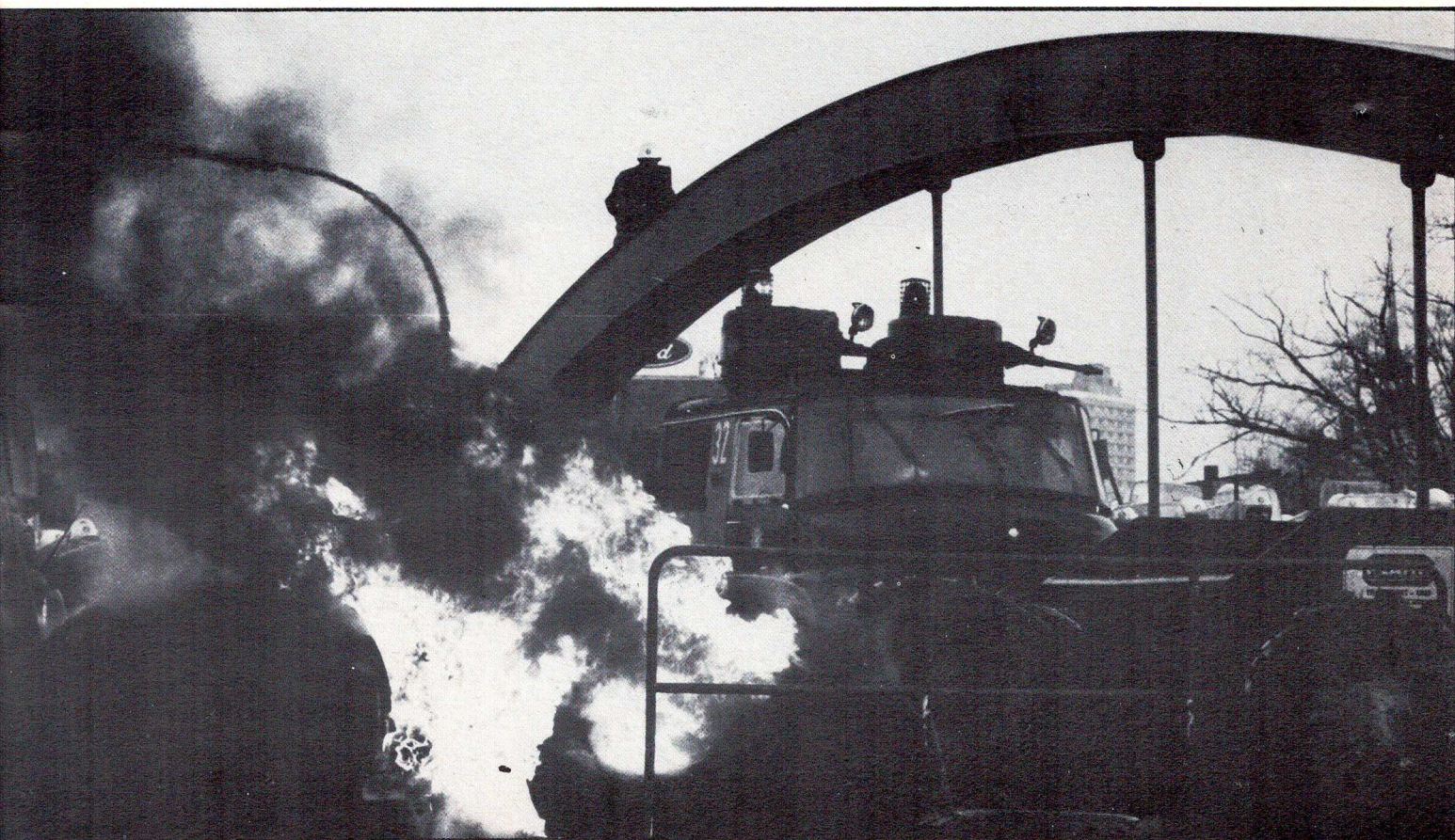
Aus allen Richtungen strömen Leute in Richtung Marktplatz, steigen halberfroren aus Autos und Bussen. Nur einigen Hundert konnte die Bürgerinitiative Wilster in der Nacht noch Quartiere anbieten, als Tausende kommen, bricht jedwede Vorbereitung zusammen. Dennoch müssen es bis zehn Uhr schon ca 20 000 bis nach Wilster geschafft haben. Niemand findet jetzt noch Zeit oder Interesse, nach dem Demonstrationsverbot zu fragen, jetzt interessiert nur noch, wo sind die zehntausende, die in der Nacht aufgebrochen sind, werden sie durchkommen?

Die Verleumdungskampagne in der Presse muß offenbar viele Einheimische verunsichert und zermürbt haben. Nur wenige lassen sich auf den Straßen blicken, finden spontanen, herzlichen Kontakt zu den Demonstranten, von denen viele recht abenteuerlich gegen die klirrende Kälte und mit Selbstschutzkleidung gegen die Polizei verummmt sind. Einige mögen wohl die Assoziationen, die ihnen die Presse in den letzten Tagen massiv einzublauen versuchte, jetzt bestätigt finden. Gegenseitiges Mißtrauen und Verunsicherung herrschen auf beiden Seiten vor. Die vielen Polizeiposten mit langen Knüppeln in der Hand und Zivilstreifen tun da ein übriges.





6 Uhr morgens an der Stör-Brücke in Itzehoe. Eine Hundertschaft schützt eine Sperre mit zwei Sandcontainern. Ein Teil des Südzuges, der die Strecke über Itzehoe nach Wilster nehmen wollte, wird an der Weiterfahrt gehindert. Beherzte AKW-Gegner nehmen die Sperre auseinander und drängen die Polizei bis ca. 200 m hinter die Brücke zurück. Nachdem nach einiger Zeit eine große Übermacht an Polizei mit mehreren Wasserwerfern angerückt war und eine Weiterfahrt durch Itzehoe kaum möglich schien, setzte der Konvoi den Weg nach Wilster über die andere Stör-Brücke fort. Der Rückgang wurde mit Barrikaden gesichert. An der Itzehoer Sperre gab es keine Verletzungen und Festnahmen.



Die Atomgegner aus Wilster und Umgebung treffen sich bei einem Gottesdienst gegen Atomkraft. Das Chaos und Durcheinander in Wilster löst sich ganz von selbst, als immer mehr Gruppen einfach losziehen. Die Sonnenstrahlen scheinen den übernachtigten und durchgefrorenen Gestalten wieder Leben und Schwung einzuflößen. Am Ortsrand von Wilster, die erste verlassene Sperre. Sonnenstrahlen glitzern auf einer unübersehbaren Schlange von Autos und Bussen auf der B5. Euphorie und Lachen kommt in vielen Gesichtern auf, der Demozug wird munterer: „Wir werden sehr, sehr viele werden und zusammen bis zum Bauplatz ziehen!“

Nach Dammfleth stauen sich ca. 20-30 000 Menschen: übereinandergestapelte Sandcontainer, Natodraht, 2 Wasserwerfer und hundert Polizisten versperrten den Weg über eine Brücke.

An der Spitze des Demozuges Leute vom BBU (Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz) und AKL (Aktionskreis Leben in der Gewerkschaft) Hamburg mit Lautsprecherwagen. Wer hier Informationen über die Situation an diesem Vormittag, über die anderen Demozüge erwartet, sieht sich getäuscht. Die weiter hinten erfahren nicht mal, was vorne überhaupt los ist.



Container-Jo . . .

Die beiden Wasserwerfer stehen rückwärts zur Sperre, die Polizei schien darauf eingerichtet, sich im Falle eines Falles zurückzuziehen. Jo Leinen vom BBU-Vorstand verhandelt mit dem Hundertschaftsführer, d.h., als „Verhandeln“ kann man das nicht bezeichnen, er akzeptiert die Verzögerungstaktik der Polizei: einzeln sollen Tausende sich durch eine 50 cm breite Gasse zwischen Brückengeländer und Sandcontainer durchquetschen, dann sich in einem Spalier vor Polizisten einzeln einer Leibesvisitation unterziehen. Als nach den ersten zehn Minuten auf diese Weise nur ein paar Dutzend Leute durch sind, ist klar, worauf das praktisch hinausläuft: die meisten würden zumindest an diesem Tag vergeblich an der Sperre Schlange stehen! Viele Leute kochen vor Wut, wollen sich dieser entwürdigenden Prozedur nicht freiwillig unterwerfen. Hunderte finden mit Bretterstegen ihren Weg übers Eis oder machen kilometerlange Umwege und kommen so ungehindert und unkontrolliert zum Bauplatz.

Vom Sandcontainer aus fordert Leinen die Leute immer wieder auf, die Helme abzugeben, „die Waffen wegzwerfen“. „Wir wollen keine Konfrontation mit der Polizei, sie ist uns großzügig entgegengekommen, wir kommen hier alle durch“. Oft ergänzen sich seine Worte mit denen des Einsatzleiters auf dem Sandcontainer gegenüber. Leute, die ihrem Unmut Luft machen - es fliegen auch einige Steine - und anfangen, die Container leereschleudern, versucht Leinen immer wieder zurückzuhalten: „Ihr Chaoten macht uns alles kaputt, los, gebt die Waffen her und geht durch.“

Kann man so blind auf die Verzögerungstaktik reinfallen, oder kommt es den BBU-Leuten entgegen, den Charakter der Demo mit indirekter Hilfe der Polizei auf ihre Widerstandsform - friedlicher Protest um jeden Preis - festzulegen? Warum wird nicht ein anderer Weg eingeschlagen, wo doch bekannt ist, daß andere Wege frei sind?

Schließlich wird doch noch ein Container mit einem Tau zur Seite gezogen und der Demozug kommt jetzt etwas schneller vorbei. Auf jeden Fall ist es der Polizei gelungen, an die 30 000 Leute an dieser Stelle ca. 2 Stunden lang aufzuhalten und ziemlich zu zersplittern.



. . . und die Sperre bei Dammfleth

Querfeldein zum Bauplatz

Aus allen Richtungen strömen schier endlos bis an den Horizont reichende Züge bunter Punkte über Gräben, Eis, Zäune, auf Wegen und querfeldein in Richtung Bauzaun, begleitet von bedrohlichem Hubschraubergeknatter. Jede Abkürzung ist recht, um gegen den peitschenden eiskalten Wind anzukommen - es wird uns wohl kaum Sympathien einbringen, daß dabei teilweise auch aufgehende Saat niederge-trampelt wird.

Alle Marschierer wirken von der durchwachten Nacht und der nervlichen Anspannung schon sehr erschöpft, es wird kaum gesungen oder geredet. Was gäbs auch schon zu reden, wer es bis hierher geschafft hat, weiß sehr genau, warum er hier ist und was er zu erwarten hat. Dieser wortlose Protest ist jedoch alles andere als anonym, kommunikationslos. In den Gesichtern spiegelt sich Stolz, Entschlossenheit und Sich-Nicht-Unterkriegen-Lassen, Sympathie und Anteilnahme gegenüber jedem noch so „fremden“ Mitmarschierer. Allein das Ansehen dieser

Menschen verbreitet auch in mir das Gefühl noch zu leben, und die Hoffnung auf „das andere Deutschland“, von dem wir träumen, wird wieder ein Stück lebendiger. An diesem Tag werden nicht nur Gräben aus Eis und Wasser, „die Grenzen des Rechtsstaates“ - die Angstmauer vor der allmächtig erscheinenden Staatsmaschinerie - überschritten, sondern auch die Gräben und Grenzen zwischen uns werden ein Stück weit überwunden.

Brokdorf 1984

Unglaublich, was sich kranke, profitgierige Gehirne, die unser Leben und Gesundheit mit Umweltgift und Atomtod bedrohen, einfallen lassen, um unseren Widerstand totzukriegen. Sie wissen, die Mehrheit ist gegen Atomkraft und hunderte werden immer wieder protestieren. Also bauen sie sich eine Hochsicherheitsburg. Wassergräben, Natodraht, Metallgitterzäune, Beton, tausende grüne Männchen - ob sie sich wirklich darauf verlassen können,

daß die nie mehr selbständig denken werden? Dutzende Überwachungskameras surren für den STASI-West, die staatsbewußte Presse auf Hochsitzen in sicherer Entfernung, oder auch in forderster Front mit Anti-Atom-Plakette. Und wir? Viele lassen sich erstmal erschöpft nieder oder machen mit letzter Auffassung einen Rundgang. Wer noch nicht da war, dem verschlägt dieses Bauwerk des „fortschrittlichsten“ Jahrhunderts doch die Sprache, und wer schon da war, kann sich erst recht nicht an den Anblick gewöhnen. So jedenfalls verstehe ich die wenigen Steine und Mollies, die an diesem Nachmittag fliegen. So sinnlos diese Steine im Moment erscheinen mögen - es wird an diesem Tag kein ernsthafter Versuch unternommen, um mit großem Risiko den Bauzaun zu überwinden - vermitteln sie doch die Klarheit, daß der Atomstaat nie davor sicher ist, daß zurückgeschlagen wird. Wenngleich die große Presse nach bewährtem Strickmuster ihre Masche von einigen „Politschlägern“ und der „Masse der friedlichen Demonstranten“ verbreiten wird - sie können einfach nicht richtig hingesehen haben, oder wollen es nicht wahrhaben - hier sind nur Menschen zu sehen, die sich schon jetzt aufgrund ihrer Lebenserfahrung jederzeit entschlossen zur Wehr setzen und viele, die in dieser Situation keine militante Auseinandersetzung wollen, weil sie den geeigneten Zeitpunkt nicht für gekommen sehen oder subjektiv noch nicht dazu bereit sind.

Es stellen sich auch einige Leute zwischen die Fronten, was leider auf keiner Seite besonders ankam. Mit Gorleben und Brokdorf und vielen anderen Beispielen wird doch immer wieder vorerzählt, daß der Atomstaat uns sowieso mit aller Gewalt kleinmachen will, egal, welche Widerstandsform wir einsetzen, er immer nur immer nur mit Gewalt reagieren kann.

Nachdem das für Rechtsschutz zuständige Bundesverfassungsgericht einen Teil der Wilster Marsch de facto zur rechtsfreien Zone erklärt, kommt um ca. 14.00 Uhr im Polizeifunk der Befehl, so viele Leute wie nur irgend möglich zu verhaften. Eine Stunde später sind aber erst wenige tausend Demonstranten auf der Straße zum Haupttor angekommen. Ein ständiges Kommen und Gehen, viele sind froh, es überhaupt bis hierher geschafft zu haben - das Demonstrationsrecht wiedererobert zu haben war wenigstens ein Teilerfolg - müssen zu ihren Bussen zurück, während viele tausend noch auf dem Weg hierher sind. Am Haupttor nehmen mehrere Hundertschaften Aufstellung, einer der Wasserwerfer löscht einen Molli auf der NWK-Zufahrt. Es kommen drei Aufforderungen, die Demo sei verboten, illegal usw. Die Lautsprecher vom Platz kommen dazwischen und der Wind trägt den Schall in Richtung Deich davon. Außer den ersten fünfzig Leuten sind wahrscheinlich alle ziemlich überrascht, als nicht nur die Polizeiketten und Wasserwerfer angreifen, sondern auch alle fest installierten Wasserkanonen auf der ganzen Länge des Bauzauns mit voller Wucht losspritzen. Einige werden buchstäblich am Grabenrand liegend aus ihrem Erschöpfungsschlaf gerissen. So schnell die Polizeiketten vorstürzen, können sich viele tausend Leute von dieser Straße nicht zurückziehen, zumal die Wasserkanonen von der Seite her den Weg abschneiden. Also bleibt nur die Flucht über Hecken, Gräben, Viehzäune und Wiesen. Immer neue Hundertschaften brechen aus dem Baugelände hervor, nehmen auch hier die Verfolgung auf. Wer nicht rechtzeitig wekommt, sich am Stacheldraht verhakt oder in einen Graben fällt, wird rücksichtslos niedergemacht.

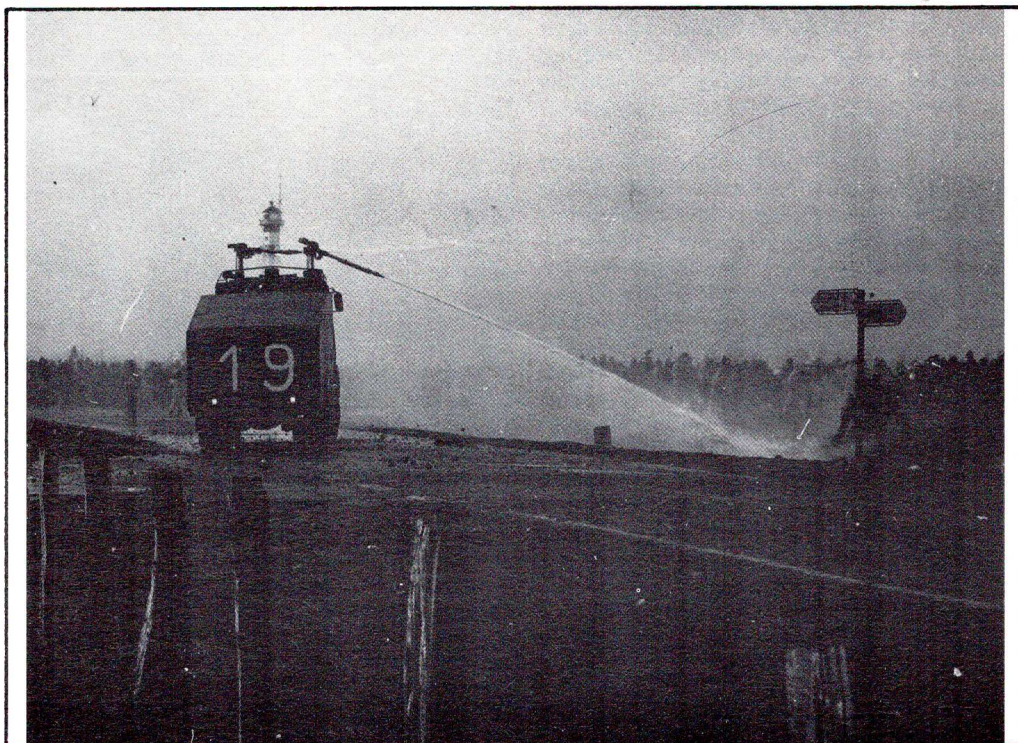
Solche schweren Mißhandlungen habe ich gut zweidutzendmal direkt gesehen. Ein Flüchtender wird noch im Laufenden mit gezielten Schlägen

auf den Kopf niedergestreckt oder das Bein gestellt, dann sind gleich mehrere Uniformierte über ihm, treten und schlagen auf ihn ein. Das geht so lange, bis der Truppführer heran ist und Befehl gibt, „wegen Widerstand festnehmen“. Bei diesem Vorstürmen schlugen die Polizisten unterschiedslos nieder, wen sie eben kriegen konnten. Ein Hundertschaftsführer feuerte seine Leute an: „Greift euch die Schweine!“ Als die Kette kurz zum Stehen kommt, versucht ein älteres Ehepaar verzweifelt durchgelassen zu werden, weil sie nicht mehr laufen können. Als der Befehl zum erneuten Vorrücken kommt, werden beide, von denselben Polizisten, die sie um Durchlaß bitten, geschlagen und auf Befehl „wegen Widerstand“ festgenommen. Polizeiketten und Wasserwerfer gehen in einem solchen Tempo vor, daß mehrere tausend Leute auf den Wassergraben an der B 431, dessen Eis nicht trägt, zugetrieben werden. Selbst wer so schnell wie möglich wegwollte, hatte keine Gelegenheit dazu.

Einige Dutzend Demonstranten fangen jetzt an, am Rand der NWK-Straße Steine aus dem Sand zu wühlen und schleudern sie den vorrennen-

den Polizisten entgegen. Das geht so an der Kreuzung zwischen NWK-Straße und B 431 ca. anderthalb Stunden hin und her. Mal ist der Wasserwerfer leer, eine Hundertschaft wird gegen eine ausgeruhte ausgetauscht oder die Demonstranten können gerade keine Steine mehr auftreiben. Die meisten nutzen erstmal die Situation, irgendwie hinter den Graben zu kommen und werfen teilweise auch von dort mit gefrorenen Erdklumpen.

Der meisten Fotografenkollegen kann ich mich an diesem Nachmittag nur schämen, demnach, wo sie „draufhalten“, scheinen sie einzig und allein darauf aus, nur Fotos über Steine- und Mollies-werfende Demonstranten zu liefern. Anders als bei der Räumung in Gorleben, sehe ich hier keine Pressemenschen, die Polizisten in den Arm fallen, die am Boden liegende Verletzte mißhandeln. Solche Szenen werden auch kaum fotografiert. Zwei Fotografen versuchen es, werden jedoch gleich als nächste niedergeknüppelt. Bleibt die Verhaftung wegen der Pressearmbinde vom Innenministerium erspart, sind sie dennoch mit mehreren stark blutenden Platzwunden am Kopf auch krankenhausesreif.





Die Polizisten ziehen sich im Bereich der Kreuzung im Steinhagel immer wieder zurück und stürmen dann blitzartig an verschiedenen Stellen erneut vor. Dabei werden immer wieder Leute überrannt, mehrere Polizisten (zwei bis fünf) prügeln auf schon am Boden Liegende ein, treten wahllos mit den Stiefeln auf sie ein, dann Festnahme wegen Widerstand oder einfach Liegenlassen der Verletzten. Sanis der Demonstranten werden auch vereinzelt angegriffen, die Versorgung Verletzter be- oder verhindert.

Ab dem Zeitpunkt, wo es auf der NWK-Straße zu Gegenwehr flüchtender Demonstranten kommt, werden mehrere Gruppen Ziviler aktiv, die sich bereits von Anfang an auf der NWK-Straße unter den Demonstranten aufgehalten haben. Einige fotografieren aus der Gruppe von Pressefotografen heraus, machen Portraitaufnahmen von Leuten mit Stöcken, beim Steinerwerfen usw. Einzelne bewarfen sogar den Wasserwerfer mit Erdklumpen. Der Einsatz der Polizeivideotrups klappte generalstabsmäßig. Polizisten, Wasserwerfer und Einsatzleiter vor Ort geben per Funk Hinweise an Kameras auf einer Hebebühne hinterm Zaun: „Dort die Frau mit der weißen Jacke spannt die Zwillie.“ Noch ehe der Stein abgeschossen ist, ist ihr Gesicht für den Computer gespeichert.

In Situationen, wo die Polizei vorrückte, alles in Bewegung geriet, versuchen die Zivilen einzeln, weit vorne stehende Demonstranten festzuhalten und hinter die Polizeiketten zu ziehen. Als die Polizei in Richtung Hollerweddern auf der Bundesstraße ausschwärmt, geraten viele Demonstranten hinter ihre Reihen. Einige folgten einem besonders weit voraus schreitenden Polizisten etwas hinterher, zwei besonders "freakig vermummte Demonstranten" direkt hinter ihm. Ein Teil der Polizeikette macht kehrt, in diesem Moment stürzen die Zivilen vor, haken einen Demonstranten unter, zerren ihn vor, schleudern ihn zu Boden, schon sind Uniformierte über ihm.

Teilweise zu acht schlagen und treten die Polizisten von allen Seiten auf ihn ein, schleifen ihn über die Straße, tauchen ihn zweimal in den Graben, schlagen weiter auf ihn ein. Einer der Zivilen richtet ihn wider auf, tritt ihm mit voller Wucht in den Bauch, zwischen die Beine, in die Seite. Polizisten, die jetzt erst recht hinzukommen, hauen auch noch mal drauf oder kapiern die Situation nicht und greifen die Zivilen an.

Diese rufen mit hochgehobenen Händen „Donner“ (Kennwort), um sich ihren Kollegen erkennen zu geben. Der Schwerverletzte wird, obwohl er sofort ärztliche Behandlung bräuchte, von den auf der Bundesstraße vorrückenden Polizisten mitgeschleift.

Die meisten Demonstranten haben auf Umwegen und Stegen das andere Ufer des großen Grabens an der B 431 erreicht und sind auf dem Heimweg. Doch so einfach ist hier kein Entkommen. Immer wieder donnern Hubschrauberstaffeln über unsere Köpfe, setzen seitlich und in unserem Rücken Hundertschafte ab. Eine erbarmungslose, mehrere Kilometer langr Jagd über Wiesen, Gräben und Viehzäune beginnt. Ein Hubschrauber fliegt wenige Meter über den Köpfen Heimziehender, vertreibt sie mit Triebwerksstrahlen und Rotorwirbel, es bräuchte nur der Wind kurz nachzulassen,

sen, der Hubschrauber würde ein paar Meter durchsacken und auf die Menschen fallen.

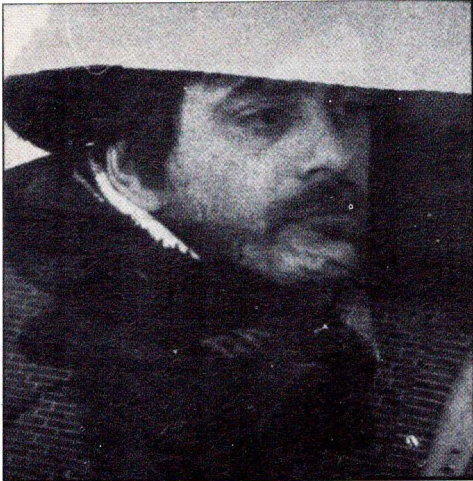
Der Angriff der Polizei aus dem Bauplatz heraus wird derartig schnell und mit allen Mitteln geführt - bis ca. 5 km vom Platz weg - auch mit dem Ziel, möglichst viele Leute zu überrennen und Gefangene zu machen, daß man nur folgern kann, daß die Einsatzleitung von Anfang an vorhatte, gegen alle, die sich zum Bauzaun vorwagen, eine Strafaktion durchzuführen. Dabei wurde unterschiedslos Jagd gemacht - egal ob sich einer wehrte oder nicht. Wer nicht schnell genug wegkam, war dran.

Auch Gewaltfreie, die sich bewußt zwischen die Fronten stellten, um Steinwürfe der Demonstranten zu verhindern, wurden von Wasserwerfern und Polizeiknüppeln nicht verschont, weil sie deren „Einsatz behindern“.

B.



Zivile werden gestellt



Auf dem Weg nach Brokdorf versuchten 3 zivile PKW, besetzt mit Polizisten, sich in den Hamburger Konvoi zu integrieren. Für mich gibt es eine Menge eindeutiger Merkmale solcher Zivis:

PKW: Deutsches Fabrikat der neuesten Ausführung, keine LS oder GT oder Luxusausstattung, keine Beulen im Blech, stets gut geputzt, eine Antenne mit einem der bekannten Sockelaufbauten zwischen Fuß und Teleskopstab, ca. 3 - 5 cm hoch.

Personen: Gepflegtes Äußeres, wie es nach den Dienstrichtlinien der Polizei sein muß (wenn Bart, dann exakt geschnitten etc.), aber ca. 3 Tage nicht rasiert (kurze Stoppel).

Kleidung: Bundeswehnparka brandneu, frisch ge stärkt etc., oder kurze modische Jacke (auch Leder), darunter Kleidung, in der die Bewegungsfreiheit nicht eingeschränkt ist und die salopp aussieht; schnelle halbmodische Schuhe.

An einer Kreuzung vor Itzehoe, an der der geschlossene Konvoi nach links abbog, sah ich schon von weitem 3 Pkw stehen. Als sich eine Lücke im Konvoi auftat, fuhr jedoch nur ein grüner Peugeot

304 (amtl. Kennz. IGB...) in den Konvoi hinein. Warum? Wie kommt ein PKW aus dem Süden von Norden in den Zug? Die beiden anderen PKW, ein weißer Golf aus NF-... und ein ebenfalls grüner Peugeot 304 aus SB-... , stießen erst einige PKW vor mir in den Hamburger Zug. Drinnen saßen 5 Personen, 3 Tage nicht rasiert - den mit schnellem Bartwuchs hatte man ans Steuer gelassen - , in Parkas. Die PKW waren gut geputzt, neueste Ausführung, gar keine Aufkleber! Nach kurzer Zeit ließ sich der Golf unverständlicherweise vom Konvoi langsam überholen und sackte so direkt vor mein Auto. Alles deutete auf Zivis hin, bis auf die Antenne; sie sah aus wie die der CB-Funker. Dies, und daß die beiden anderen PKW keine deutschen Fabrikate waren, ließ mich stutzen. Sicherheitshalber überholte ich den Golf halb, drängte ihn zusammen mit 2 befreundeten PKW an den Straßenrand und fragte nach deren Dienstaussweisen. Sie antworteten ängstlich, als ob man jemanden bei etwas erwischt: „Ah-Wieso? Wir wollen doch auch nur dahin! Nein, Polizei- wir doch nicht!“ Wir ließen sie wieder vor uns herfahren, um sie im Auge zu behalten und

blieben ihnen mit 4 PKW immer dicht auf den Fersen. Derweil besprachen wir uns kurz und kamen zu der Auffassung, so benähmen sich nur Zivis. Als dann von anderen verbreitet wurde, es seien Zivis in den Konvoi eingesickert, stoppten wir sofort durch Abdrängen und Hupen den Golf, fotografierten die Zivis und "entlüfteten" die 4 Reifen. Ein grüner Peugeot fiel einem ähnlichen Schicksal zum Opfer. Die Zivis entfernten sich zu einem Haus und telephonierten mit ihren Kollegen. Wir erfuhren aus dem Polizeifunk, daß die PKW eine brisante Ladung hatten: Schußwaffen und Munition, und zwar randvoll! Diese sollten von Hubschraubern abgeholt werden. Für die Zukunft bleibt zu überlegen, ob in solchen Fällen nicht sicherheitshalber die PKW durchsucht werden sollten und solche Dinge fotografiert werden sollten, bevor sie dann restlos unschädlich gemacht werden, zB. durch Verbrennen der PKW. Jeder sollte bei aller Solidarität immer ein waches Auge auf Zivis haben. Man kann sich eigentlich immer im normalen Straßenverkehr schulen. Ein Umweltschützer aus Hamburg

BBA nach Brokdorf: Die Einheit der Vielfalt

Das war der größte Erfolg der ersten Brokdorf-Demo Anno 81, abgesehen von der Tatsache, daß 100.000 AKW-Gegner sich trotz präventiv-legitimierter Gewalthetze, höchstrichterlichem Hick-Hack und bürgerkriegsähnlichem Polizeiaufmarsch ihr Recht auf Demonstration wann und wo mann/frau es für richtig hielt, nicht nehmen ließen, diese denkwürdige Nacht des 28. Februars. Es war die Nacht der BBA (Bremer Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen). Selbst die Altmeisterin des Krimis, Agatha Christie, hätte die Dramaturgie dieser Nacht nicht besser inszenieren können. Aufbauend auf Erfahrungen vorangegangener Großdemonstrationen und ewig lähmender Gewaltdiskussionen wurde in Bremen mit der Einigungsformel von der „ganzen Palette unseres Widerstandes“ ein qualitativer Sprung, der Durchbruch, erzielt. Da die ganze Palette des Widerstandes selbstredend den ungestörten und unkontrollierten Anmarsch nach Brokdorf voraussetzte, lautete die Parole folgerichtig: „Wir lassen uns nicht kontrollieren!“ Das mann/frau darüber das eigentliche Ziel der Demonstration am Bauplatz, nämlich die Verwandlung desselben in eine Wiese vergaß, ist nur von zweitrangiger Bedeutung.

Und so verlief diese Nacht der Lehrstunden für Staats- und Gesellschaftsführung und zeigte, was alles möglich ist, wenn die schon immer in der Umweltbewegung ruhende geistig-intellektuelle und soziale Kraft zur Entfaltung kommt: Um zwei Uhr morgens verließ ein Konvoi von 1.500 Fahrzeugen (incl. 26 Busse) mit ca. 7.000 Personen die Bremer Innenstadt, um genau abgestimmt auf der Autobahn Richtung Hamburg den Oldenburger Zug zu treffen und sich mit ihm zu vereinigen. Zur Führung der BBA, in der Spitze des Zuges fahrend, gelangten alle wichtigen Informationen, um über ein „Freies Radio“ den Treck geschlossen zu lenken.

Mit Handfunkgeräten ausgerüstete Krad-Melder beaufsichtigten ständig den Zusammenhalt des Konvois und benachrichtigten weit vorausfahrend die Zentrale über mögliche Straßensperren. Ein zweites Fahrzeug war mit Abhören und Auswertung des Polizeifunks beschäftigt, wiederum andere hielten Kontakt zu befreundeten Radios der aus allen Teilen der Republik auf Brokdorf zurollenden Konvois. Die Vollsperrung der Autobahn bei Sittensen wurde so rechtzeitig bemerkt. Der gesamte Zug verließ die Autobahn bei Bockel und verschwand in der Weite des niedersächsischen Flachlandes. Über Rotenburg, so hieß es im Radio, wolle man nun gen Hamburg ziehen. Nur Ortskundige merkten allerdings, daß die Fahrt keineswegs nach Rotenburg, sondern über Zeven und Buxtehude nach Hamburg ging. Im Zug mitrollende Polizeispitzel nahmen unterdessen die gezielten Falschinformationen für bare Münze und halfen erfolgreich ihre Einsatzleitung zu verwirren.

An Schlaf war überhaupt nicht zu denken. Das Freie Radio sendete ununterbrochen, informierte über die Recherchen der Krad-Melder. Eine knisternde Spannung hielt uns alle wach. Fast Stoßstange an Stoßstange fahrend, um eventuelles Dazwischenfahren und Abspaltung zu vermeiden, war die volle Konzentration der Fahrer gefordert. Als der Zug im Morgengrauen endlich Hamburg erreichte, die Krad-Melder zudem freie Fahrt durch den Elbtunnel signalisierten, löste sich die Anspannung in lautem Jubel- und Freudengeheul. Nun konnten auch die Spitzelfahrzeuge enttarnt und aus dem Konvoi entfernt werden. Man bedurfte ihrer nicht mehr. So wurde es möglich, daß der vereinigte Oldenburger-Bremer Zug als einziger unkontrolliert Brokdorf erreichte (von wegen als einziger; wenn wir aufschreiben würden, wie geschickt wir waren, würde das hier gar nicht abgedruckt werden

vor lauter Blässe, d.S.).

Dieser Organisationsgrad, diese Kreativität und Flexibilität übertragen auf alle Gruppen und den Demo-Ablauf vor Ort, läßt neue Perspektiven erahnen. Da werden sich Schmidt, Stoltenberg & Co. wohl was einfallen lassen müssen, angesichts der Starrheit und Verkrustung des Polizeiapparates und der bedingt durch die soziale Stellung tendenziell abnehmenden Intelligenz.

In Brokdorf allerdings zeigte sich, daß es mit der Umsetzung der ganzen Palette des Widerstandes noch hapert.

Wann auch nun unumstritten ist, daß das Absingen fröhlicher Lieder zwar den Zusammenhalt stärkt und Spaß macht, wohl aber kaum millionenschwere Konzerne und weder Landes- noch Bundesregierungen ins Wanken bringt. Zunehmend setzt sich die Erkenntnis durch, daß die vielfältigen Widerstandsformen einander bedingen, sozusagen nur in der Einheit möglich sind. So wären friedliche Demonstranten den Provokationen der Polizei hilflos ausgeliefert, wenn nicht militante, behelmte und mit Stöcken ausgerüstete Gruppen allein durch ihre Anwesenheit die Polizei im Zaum halten (aktive Solidarität). Andererseits stellt die gesamte Menge der Demonstranten den Schutzwall dar, hinter den sich nach Aktionen zurückgezogen werden kann, allen gemeinsam ist der Dschungel, der Unterschlupf bietet (passive Solidarität). Beide Gruppen brauchen einander, sie sind aufeinander angewiesen, wenn erfolgreich Widerstand geleistet werden soll. Nur in ihrer Vereinigung können passive und aktive Solidarität transzendieren (o gott, d.S.). Die Einheit ist nur durch Vielfalt, die Vielfalt nur durch Einheit möglich.

(Den Rest haben wir wegzensiert).

Es schrieb uns dies **Siegfried W. aus Bremen.**

Gewerkschafter gegen das

Auch in den Gewerkschaften sind die Kräfte in Bewegung geraten. AKW-Gegner nehmen immer stärker auf den innergewerkschaftlichen Diskussionsprozeß Einfluß. An der Brokdorf-Demo haben sich gewerkschaftlich organisierte AKW-Gegner mit einem starken Block beteiligt. In Hamburg organisierte der „Aktionskreis Leben“ die Mobilisierung. Über 2000 Gewerkschafter beteiligten

sich allein aus Hamburg an der Brokdorf-Demo. Der AKL dokumentiert in einer Broschüre seine Beteiligung an der Demo, die umfassende Mobilisierungsarbeit und weitere Perspektiven. Im folgenden zitieren wir einige Auszüge aus dieser Broschüre, um die Politik gewerkschaftlich organisierter AKW-Gegner darzustellen.

Kennzeichnend für die Situation in Hamburg ist, daß der Betriebsrat der HEW voll auf Pro-Brokdorf-Kurs liegt. Dies ist bedauerlich, da die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der HEW zehn von 21 Sitzen halten und die Unternehmenspolitik entscheidend mitbeeinflussen. Der HEW-Betriebsrat ist wohl der entscheidendste Pro-Atom-Exponent im DGB Hamburg. Auf der anderen Seite verfügen Atomkraftgegner über Mehrheiten in einigen Einzelgewerkschaften, wie der IG-Druck und der GEW, die "eindeutig auch in der Presse gegen Brokdorf Stellung" nahmen.

Der Hamburger DGB-Kreisvorstand beschloss mit 13:6:2, daß Brokdorf mit Einschränkungen weitergebaut werden soll. Voraussetzung für den Weiterbau ist jedoch die Klärung der Entsorgungsfrage. Gegen Brokdorf stimmten die HBV, die GEW, IG-Druck und Papier, die GGLF, die DGB-Jugend und ein Vertreter der ÖTV. Die IG Kunst (RFFU) enthielt sich, machte aber ihre ablehnende Haltung deutlich. Die Gewerkschaft der Polizei enthielt sich ebenfalls der Stimme. Man wollte lieber neutral bleiben. Obwohl der Weiterbau in Brokdorf für diese Gewerkschaft sicherlich Arbeitsplätze schafft, war nach unseren Informationen die GdP eher ablehnend. So konnte sich der DGB-Kreisvorsitzende Saalfeld auf dem SPD-Parteitag nur auf eine knappe Mehrheit stützen, um sich im Namen des DGB für Brokdorf auszusprechen.

Die Position des AKL

Unsere Position war von Anfang an, daß nur eine einheitliche Aktion aller AKW-Gegner die politische Antwort auf den Versuch sein kann, mit dem Weiterbau in Brokdorf das steckengebliebene Atomprogramm wieder in Schwung zu bringen. Aufruf und Aktionsform sollten daher die Beteiligung der verschiedenen Kräfte der AKW-Bewegung erlauben und eine breite Vermittlung über die Bewegung hinaus möglich machen. Gerade für unsere Arbeit in Betrieben und Gewerkschaften wären weder verschiedene Aktionen an unterschiedlichen Orten noch gar zu unterschiedlichen Zeitpunkten vermittelbar gewesen. Niemand hätte eine in der Aktion uneinige Bewegung ernstgenommen. Zum anderen haben wir aber auch das politische Kräfteverhältnis heute so eingeschätzt, daß eine Platzbesetzung weder möglich, noch daß diese Aktionsform breit vermittelbar gewesen wäre. Dies meinten wir auch offen sagen zu müssen, um niemanden zu einer Demonstration aufzufordern, von der er nicht weiß, was ihn erwartet und was die vorbereitenden Gruppen planen und durchführen wollen.

Mobilisierung unter Hamburger Gewerkschaften

Schon zur Demonstration am 14. Oktober 1979 hatte der Hamburger AKL eine Unterschriftensammlung unter einen Aufruf organisiert. Damals waren wir in der Lage, einen Aufruf zur Demonstration mit einer Auflage von 10.000 herauszugeben, der von über 200 gewerkschaftlichen und betriebsverfassungsgesetzlichen

Funktionsträgern namentlich unterstützt wurde.

Dieses bewährte Mittel, die innerbetriebliche Diskussion einzuleiten und gleichzeitig das Engagement gewerkschaftlicher Atomkraftgegner nach außen zu dokumentieren, wollten wir auch diesmal einsetzen. Nachdem die Bundeskonferenz der AKW-Gegner am 14. Februar den Termin für die Demonstration endgültig auf den 28. festlegte, blieb uns nur die Zeit vom 15. bis zum 24. Februar zum Unterschriftensammeln. Diesmal haben wir damit eine Geldsammlung verbunden, die uns ermöglichen sollte, den Aufruf als Anzeige zu veröffentlichen. Die Resonanz hat uns überrascht. Innerhalb dieser 10 Tage gingen Unterschriften von 1.600 Kolleginnen und Kollegen bei uns ein. Davon waren fast die Hälfte Funktionärsträger verschiedener Art. Auch die von uns geplante Anzeige konnte in vollem Umfang realisiert werden. Am 16. Februar erschien in der Hamburger Morgenpost der "Aufruf Hamburger Gewerkschafter gegen das AKW Brokdorf" als ganzseitige Anzeige. Die gegenwärtige Auflage der Morgenpost dürfte bei knapp 200.000 Exemplaren in ganz Norddeutschland liegen.

Presseerklärung vom 22.2.81 des AKTIONSKREIS LEBEN - Gewerkschafter gegen Atom Hamburg:

Am 22.2.1981 hat der Landrat des Kreises Steinburg, Brümmer, CDU, ein generelles Demonstrationsverbot für den Bereich der Wilster Marsch verfügt.

Wir sehen in diesem Verbot einen massiven Angriff auf das von der Arbeiterbewegung erkämpfte Recht der Demonstrationstfreiheit.

Mit diesem Verbot will die Landesregierung schon im Vorwege eine Demonstration kriminalisieren, um damit jeden Protest breiter Bevölkerungsschichten gegen den Bau von Atomkraftwerken zu verhindern.

Wir werden unser Recht auf Demonstration am Bauplatz wahrnehmen und rufen alle Kolleginnen und Kollegen auf, mit uns am 28.2. nach Brokdorf zu demonstrieren.

WO RECHT ZU UNRECHT WIRD, WIRD WIDERSTAND ZUR PFLICHT!

KEIN AKW IN BROKDORF UND AUCH NICHT ANDERSWO!

AKTIONSKREIS LEBEN - Gewerkschafter gegen Atom Hamburg

Da dem AKL von den Busunternehmen keine Busse zur Verfügung gestellt wurden, organisierte er am Morgen des 28.2. einen 600 PKW umfassenden Autokonvoi. Nach der Kundgebung in Wilster stieß der AKL-Block auf die Sperre hinter Damfleth:

Militärisch wollten wir die Sperre nicht überwinden und wäre sie auch nicht zu überwinden gewesen. Deshalb forderten wir alle Demonstranten auf, auf das "Angebot" der Polizei einzugehen. Dabei war klar, daß jeder seine Schutzklei-

dung, Helme usw. behalten kann. Zusätzlich wurden die Demonstranten über den Lautsprecher aufgefordert, sich hinter der Sperre zu formieren und nicht vereinzelt zum Bauplatz zu gehen. Dies löste heftige Kritik von Jo Leinen aus, der immer noch auf dem Container stand. Er hätte es gerne gesehen, daß die Demonstranten weiter gehen würden. Es war zu diesem Zeitpunkt die einzige Möglichkeit, auch hinter der Sperre Druck auf die Polizei ausüben zu können. Nachdem ca. 2.000 Demonstranten die Sperre passiert hatten, schien die Polizei immer noch nicht bereit zu sein, die Sperre gänzlich aufzuheben. Wieder wurde die Polizei eindringlich aufgefordert, die Container beiseite zu räumen. Es war klar, daß wir zu diesem Zeitpunkt nicht in Anspruch nehmen konnten, für alle Versammelten vor der Sperre zu sprechen, denn dort gab es drei weitere Positionen:

Man solle auf den Lautsprecherwagen verzichten und dem Vorschlag Jo Leinen folgen. Man solle umkehren und in Hamburg demonstrieren.

Mit allen Mitteln die Sperre zu stürmen. Nach 15 Minuten zeigte sich, daß zwar viele Demonstranten hinter der Sperre stehenblieben, viele jedoch sich vereinzelt auf den Weg zum

Bauplatz machten. Deshalb fassten wir den Entschluß, vorerst nicht mehr dazu aufzufordern, die Sperre auf dem polizeilichen Wege zu durchqueren, sondern nur vor dem Container stehenzubleiben. Außerdem wurde vom Lautsprecherwagen aus der Polizei ein Ultimatum gestellt. Binnen zehn Minuten sollte die Sperre geräumt werden, so daß wir mit dem Lautsprecherwagen, den wir für die Abschlußkundgebung benötigten, durchkommen oder wir würden unsere Abschlußkundgebung nach Wilster verlegen. Die Polizei gab nach. Verhandlungen ergaben, daß Demonstranten den Container leerschaulen durften und der kleine Lautsprecherwagen die Sperre passieren konnte. Ein gewisses Zugeständnis der Polizei. Wir bestanden jedoch nach wie vor auf die Weiterfahrt aller Lautsprecherwagen. Noch während der Container leergeräumt wurde, stand der große Lautsprecherwagen inmitten der Sperre. Die Polizei verstellte den Weg, Ordner schützten den Wagen. Sie vermutete in dem Wagen "schwere Waffen". Deshalb machten wir in den Verhandlungen das Zugeständnis, in den Wagen sehen zu lassen. Es wurden sogar einige Transparentstangen dortgelassen. Weitere Versuche der Polizei, die Demonstranten zu durchsuchen, mißlangen. Sie konnten im folgenden die Sperre ungehindert passieren.

Da wir uns von Anfang an für eine politische Abschlußkundgebung am Bauplatz eingesetzt hatten, hielten wir es für richtig, sich an dieser Stelle nicht auf heftige Auseinandersetzungen mit der Polizei einzulassen. Unser Ziel war, mit dem LKW die Sperre passieren zu können. Dies wurde auch erreicht. Einen zweiten Versuch, den Zug mit einer durch Hubschrauber abgesetzten Hundertschaft zu durchsuchen, wurde von uns bedingungsloser abgewehrt. Kurze Diskussion mit der formierten Polizeikette, dann lösten die AKL-Ordner die Sperre auf. Die Demonstration

AKW Brokdorf

konnte den Weg über die Wiese ungehindert fortsetzen.

400 Meter vor dem Bauplatz ging es dann nicht mehr weiter, weil ein breiter Graben dem Lautsprecherwagen den Weg versperrte. Ca. 10.000 Menschen nahmen an einer Abschlußkundgebung auf der Wiese teil, viele waren schon auf dem Heimweg.

Auf der Kundgebung redeten:

- ein Vertreter der Kläger
- ein Betriebsrat und Gewerkschafter
- eine Vertreterin der Pinneburger BUU
- ein Redner des AKL
- ein Wissenschaftler

Die Elbfischer schickten Grüße

Gleichzeitig begann die Polizei am Bauplatz mit ihren Angriffen auf Demonstranten. Viele Leute kamen über die Wiesen auf die Kundgebung zu. So wurde der Kundgebungsort zu einer Verbindung zwischen Demonstranten, die immer noch von Wilster nachkamen, und denen, die vom Bauzaun zurückströmten.

Nach der Kundgebung um 16.30 Uhr organisierten wir einen geschlossenen Rückmarsch. Auch die Kollegen, die sich noch in unmittelbarer Nähe des Bauplatzes aufhielten, wurden über diesen Beschluß informiert. Es begann ein gemeinsamer Rückmarsch.



Überfall auf Gewerkschafter des AKL

Nach der Kundgebung wurde ein geschlossener Rückmarsch organisiert. Die Kollegen, die noch am Bauzaun waren, wurden darüber informiert. Auch wurde beim Rückmarsch dazu aufgefordert, nicht übereilt zurückzumarschieren, die Kollegen am Bauzaun sollten sich so noch anschließen können.

Auf dem Rückmarsch wurde dann der Lautsprecherwagen des AKL von der Polizei angegriffen. Der Zug der Demonstranten befand sich dabei auf halber Strecke nach Wilster, kurz hinter Rotenmeer. Ungefähr 100 Polizisten prügeln auf die Kollegen ein, die um den Lautsprecherwagen standen. Die dort stehenden AKL-Ordner

und Kolleginnen und Kollegen bildeten feste Ketten, die die Polizei zurückdrängen konnten. Allerdings wurde ein Teil des Zuges von der Polizei abgetrennt.

Die Polizei versuchte es ein zweites mal, diesmal mit Verstärkung. Auf den Querstrassen marschierten Polizeiformationen auf. Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes setzten Mannschaften ab, der Gewerkschafterblock war eingekreist.

Die Polizei lehnte jede Verantwortung ab. „Keine Diskussion, Anweisung aus Kiel“, war die knappe, aber ausreichende Antwort.

Es dauerte kaum 5 Minuten, dann erfolgte der

zweite Angriff auf den Wagen. Der Wagen wurde abgedrängt, die Insassen herausgezerrt. Ein Polizist fuhr den LKW von der Strasse, die Fahrer wurden verschleppt.

Auf der Ladefläche befanden sich mehrere Demonstranten, die vor Erschöpfung nicht mehr gehen konnten. Sie wurden auch festgenommen. Polizisten zwangen sie, den Marsch zurück zum Bauplatz anzutreten, trotz Schmerzen und Verletzungen. Ordner und Demonstranten wurden bei dem Überfall verletzt. Die Polizisten schlugen gezielt auf die Köpfe. Es war nicht nur ein Bürgerkriegsmanöver, sondern auch ein Prügelkommando.



Das Foto zeigt den Überfall der Polizei auf den Lautsprecherwagen des Aktionskreises Leben am Abend des 28.2. auf dem Rückweg vom Bauplatz nach Wilster

Forts.: AKL

Den Widerstand verbreitern

Wir brauchen nicht lange zu erörtern, wo und wie das Demonstrationsrecht in Gesetzen und Verfassung der BRD „verbrieft“ ist. Rechtsfragen sind Machtfragen. Das ist eine Erfahrung, die nicht die Anti-AKW-Bewegung zum erstenmal macht. Jedes demokratische Recht ist nicht eine ausgeklügelte Formulierung von Juristen und Menschenrechtlern. Es ist das Resultat von Kämpfen, oft blutigen Kämpfen, vor allem der Arbeiterbewegung. Am 28.2. haben die Gerichte gezeigt, auf wessen Seite sie stehen, und 100.000 Menschen haben praktisch bewiesen, daß sie sich nicht von ihrem Widerstand gegen das Atomprogramm durch Richter u.a. abhalten lassen.

Schon immer spielte in der innergewerkschaftlichen Diskussion der Knüppel der Arbeitslosigkeit die größte Rolle. Dem müssen wir stärker als bisher entgegensetzen, daß wir in den letzten Jahren in allen Bereichen die Erfahrung gemacht haben, daß die Unternehmer entlassen, wenn ihre Gewinne zu klein werden und/oder wenn sie mit neuen Maschinen und weniger Arbeitskräften mehr und/oder billiger produzieren können. Die entlassenen Lohnabhängigen können nicht beliebig wieder in Lohn und Brot gesetzt werden. Dies würde nämlich voraussetzen, daß trotz heranziehender Krise neue Wirtschaftszweige entstehen, die noch mehr Autos, AKWs und U-Boote bauen. Wenn der technische Fortschritt und die wirtschaftliche Krise Millionen auf die Straße setzt, müssen die Gewerkschaften diese Lösung ablehnen. Wenn der Umfang der Arbeit, die geleistet werden muß, insgesamt abnimmt, müssen wir erkämpfen, daß die vorhandene Arbeit auf alle aufgeteilt wird. Gegen Arbeitslosigkeit helfen keine AKWs und keine Rüstung, sondern nur die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, die Verkürzung der Lebens-, Jahres- und Wochenarbeitszeit.

Die mit der Herstellung unnützer und gefährlicher Produkte beschäftigten Arbeiter und Angestellten könnten ihre Fähigkeiten in den Dienst von Produkten stellen, für die ein gesellschaftlicher Bedarf besteht: Alternative Energieerzeugungsarten, Verkehrssysteme und vieles andere mehr. Außerdem besteht in vielen Bereichen unserer Gesellschaft ein großer Mangel an Arbeitskräften. Gesundheitswesen, Alten- und Jugendversorgung, Ausbildung und Kulturwesen könnten von unserem Standpunkt aus noch viel weiter ausgebaut werden.

Zu diesen inhaltlichen Schwerpunkten, die auch die gewerkschaftliche Diskussion zur Energiepolitik beherrschen werden, muß intensive Informationsarbeit geleistet werden. Dabei an den Interessen der Kollegen anzusetzen, heißt auch, energiepolitische Probleme und das Atomprogramm über die Mechanismen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, in der Energie zur Ware wird, zu erklären.

War es dem DGB vor wenigen Jahren noch möglich, seine Organisationen weitgehend geschlossen auf das Atomprogramm einzuschwören, so hat sich seitdem die 'Beschlüßlage' um einiges geändert. Bereits in den letzten AKL-Infos wurde dies am Beispiel der Gewerkschaftstage 1980 herausgearbeitet. Wir wissen, daß Beschlüsse praktisch noch nichts an der gewerkschaftlichen Politik ändern. Aber erstens weisen sie darauf hin, daß die Gewerkschaften ihre Position ändern. Zum zweiten sind diese Beschlüsse eine Grundlage, um den gewerk-

ÖFFENTLICHE PROTEST- UND SOLIDARITÄTSERKLÄRUNG GEWERKSCHAFTLICH ORGANISierter KOLLEGEN AUS RITTMARSHAUSEN BEI GÖTTINGEN

Betr.: Festnahme der AKL-Kollegen auf der Brokdorf-Demonstration vom 28.2.81 und das Schweigen des DGB zum Demonstrationsverbot.

Aus notwendiger Solidarität und eigener Einsicht demonstrierten wir – als Gewerkschafter und entschiedene Kernkraftwerkgegner – nicht das erste- und letztmal auch am 28.2.81 gegen das Atomprogramm der Bundesrepublik. Trotz des auch aus gewerkschaftspolitischer Sicht ungerechtfertigten (grundgesetzwidrigen?!) Verbots der Brokdorf-Demonstration fanden sich über 10.000 Atomkraftgegner zusammen. Mit Empörung müssen wir einmal mehr festhalten, daß der DGB sich bislang immer nur noch äußerst "schwammig" zur Problematik der Kernenergie geäußert hat (friedliche Nutzung? Sicherung von Arbeitsplätzen? und Entsorgungsproblematik?, andererseits aber auch auf die unbegründete, willkürliche und brutale Festnahme der AKL-Kollegen durch die Polizei in Brokdorf – welche recht aktive (nicht nur zahlende) Gewerkschafter sind – in keinsten Weise ein öffentlicher Protest erfolgt ist (oder schweigen es wieder mal die Medien tot, auch die gewerkschaftseigenen??!))

Wir wollen mit dieser Solidaritätserklärung unseren entschiedenen Protest über die Festnahmen und die daraus resultierende Kriminalisierung und das Schweigen des DGB zu diesen Festnahmen und zum Demonstrationsverbot Ausdruck geben.

FORDERUNGEN:

- offizielle Anerkennung und Unterstützung des AKL im DGB
- keine Kriminalisierung der Atomkraftgegner
- für einen außerordentlichen DGB-Kongreß zum Thema Atomenergie
- Stilllegung und sofortige Baustopps aller Atomanlagen
- kein AKW; keine WAA in Deutschland und auch nicht anderswo

schaftlichen Widerstand gegen das Atomprogramm aktiv zu verbreitern.

Die Beschlüsse müssen also nun wahrgemacht werden. Niemand anderes als die aktiven Kollegen selbst kann dies leisten. Es erfordert – mehr als bislang – eine kontinuierliche Arbeit in den gewerkschaftlichen Strukturen, und zwar an bestimmten inhaltlichen Schwerpunkten. Außerdem haben wir spätestens aus Brokdorf eines gelernt: Gewerkschaftlicher Widerstand muß praktisch sichtbar werden und zwar in Form eines eigenständigen Auftretens von Gewerkschaftern bei Aktionen, Veranstaltungen,

BROKDORF – DOKUMENTATION des AKL-Hamburg

Zu beziehen bei:
Michael Petersen, Gustav-Falke Str. 2
2000 Hamburg 13
Die Broschüre kostet DM 2,50

AKL

BROKDORF 28.2.81

Berichte – Bilanz – Perspektiven



zusammengestellt von Leuten aus:

- BUU-Hamburg**
(Delegiertenplenum und Plenum autonomer Gruppen)
- Arbeitskreis Politische Ökologie**
Kommunistischer Bund

PREIS DER BROSCHÜRE DM 3,-
 ZU BEZIEHEN BEI BUU HAMBURG ODER
 GÖTTINGER ARBEITSKREIS GEGEN ATOMENERGIE

Offener Brief an die Bewegung

Brokdorf IV ist vorbei. 80 000 haben das Demonstrationsverbot durchbrochen. Immerhin. Jetzt kann und muß aber darüber gesprochen werden: Seit Wochen schon kaum eine Meldung im Hörfunk, TV oder den Berichten der bürgerlichen Presse ohne "Der BBU erklärte... BBU-Sprecher Leinen erklärte... BBU-Sprecher Leinen versicherte... verurteilte... lobte..." usw.. Nach der Demonstration vom 28.2.81 verurteilte er vor allem "scharf" das Verhalten der "Chaoten" unter den AKW-Gegnern. Natürlich. – Das Vorbereitungstreffen zur Demonstration vom 21.2. in Heiligenstedten hatte folgende Ergebnisse: Die Demonstration wird koordiniert von einem Gremium, in dem mitarbeiten: je eine/r aus den Ausschüssen, ein Kläger, drei aus den örtlichen BIs, drei aus Hamburg, je einer aus Kiel, Bremen und dem BBU (Brokdorf-Info 3). Demzufolge hatte der BBU einen Sprecher unter vielen! Den Medien zufolge war alles, alles das Werk des BBU und seines Sprechers Leinen. Das kann doch nicht wahr sein!

Erinnern wir uns: Nach Brokdorf II (13.11.76), dem massenhaften Angriff auf den Bauplatz und der darauffolgenden erbarmungslosen Menschenjagd auf die zurückflutenden Demonstranten erfuhr die Anti-AKW-Bewegung einen sprunghaften Auftrieb. Die allermeisten dieser BIs hatten sich niemals, bis heute nicht, dem BBU angeschlossen, diesen vielmehr erkannt als Papiertiger mit großer Fresse und – zahnlos. Die Menschen aus jener BI-Gründerzeit hatten längst ihre leidvollen Erfahrungen mit diesem

Staat gemacht: In ihren vielfältigen sozialen Zusammenhängen und/oder auch in den linken Organisationen. Diese BIs waren von Anfang an auf der anderen Seite der Barrikade – sie hatten in den Wüstenhagens, Willers, Schuhmachers oder heute: Leinens nie ihre "Sprecher"!

Schließlich waren es diese BBU-Funktionäre, die am 19.2.77 (Brokdorf III) großen Teilen der Anti-AKW-Bewegung ihr Waterloo bescherten – pardon! – ihr Itzehoe!

Zurück zu 1981: Daß sich am 28. Februar ca. 80.000 Leute, schon oft politisch totgeglaubt und tatsächlich oft so müde und so down, bei Eiseskälte auf den Weg machten, war die Folge ihrer wahnsinnigen Wut im Bauch und ihrer Verzweiflung im Herzen: ihrer Wut auf diesen Staat, den "freiheitlichsten in der deutschen Geschichte", auf diese ganze verfluchte Gesellschaft, die uns bereits in die Vorphase des 3. Weltkrieges und damit der atomaren Endzeit geführt hat. Wer heute nach Wyhl, Brokdorf, Grohnde, Malville, Kalkar und wieder nach Brokdorf zieht, der weiß, daß ihm keine Arche Noah winkt, aus der sich's noch fragen ließe: Oekologie – what's that?

Keine Frage: Es waren in erster Linie die AKW-Gegner, die Linken aus den norddeutschen Großstädten, die auch diesmal wieder für die nötige Dynamik sorgten: politisch, organisatorisch (Brokdorf-Infos!) und mit der Masse ihrer

Aktivistinnen und Aktivisten! Sponties, Anarchos, Kommunisten und einfach die vielen, vielen Leute mit einer irren Wut im Bauch! Von diesen Aktivisten kann Herr Leinen und sein BBU nur träumen: Sie pfeifen nämlich auf den BBU und seine Herren Sozialdemokraten! Und das aus gutem Grund: Sie wie die große Mehrheit des revolutionären oder zumindest sozialrevolutionären Potentials in der BRD lassen sich nämlich nicht spalten in Gute (Gewaltfreie) und Böse (Militante).

Bei allem Respekt vor den prinzipiell Gewaltfreien und all den vielen unter uns, die militantes Vorgehen einfach nicht mit tragen können, weder physisch noch psychisch: Schon heute begleiten Zehntausende unter uns jeden Stein in Richtung Staat, Gesellschaft und Staatsschutzapparat mit den allerbesten Wünschen! Und der Aufschrei, wenn ein Wasserwerfer brennt, muß nicht unbedingt ein Schrei des Entsetzens sein. Die Gedanken sind frei...

Nochmals zurück zum BBU: Daß dieser sich diesmal relativ moderat verhielt – in Ton und Auftreten – war klar. Schließlich gilt es, auch die Anti-AKW- und Friedensbewegung zu integrieren – in den Rahmen der FDGO! Ob Bahro-Komitees oder sozialistische Konferenzen: Die Eplers und Leinens sind immer dabei. Ihre Alibi-Funktion als Sozialdemokraten in jedweder, zumindest sozialrevolutionären Bewegung in Westdeutschland sollte allmählich erkannt werden. Mit solidarischem Gruß

W.I. Leonstein, Offenbach

Nationale Koordination

Am 28. März fand in Bonn das zweite bundesweite Koordinierungstreffen nach der Bremer Bundeskonferenz statt. Haupttagesordnungspunkt war die Brokdorf-Demonstration und dabei vor allem die Solidarität mit den von der Kriminalisierung Betroffenen.

Ohne Gegenstimme und bei nur drei Enthaltungen wurde von Leuten aus 30 Initiativen und Verbänden, sowie Beobachtern aus Amsterdam und von der dänischen OOA eine Solidaritätserklärung diskutiert und gemeinsam mit einem offenen Brief an die dt. Journalisten Union zum Verhalten der Pressefotografen verabschiedet. Außerdem wird sie zusammen mit einer Fotoserie über den Zusammenhang, in dem das Fahndungsfoto stand (aus taz vom 24.3.) als Info und Plakat veröffentlicht werden. Der BBU sagte zu, die Erklärung seinen Mitgliedsgruppen und Kontakten zuzusenden.

Die Auswertungsdiskussion über den 28.2. war geprägt von der Auseinandersetzung mit dem BBU und dessen Vorstandsmitglied Leinen, der auf dem Treffen anwesend war. Von den meisten AKW-Gegnern wurden die Versuche zurückgewiesen, nachträglich durch die Distanzierung von "Gewalttätern" und das Aufwerfen der Frage, ob es nicht AKW-Gegner gäbe, die statt der Atomindustrie den Staat als Gegner im Auge hätten (so geschehen in einem Schreiben von Jo Leinen) eine Spaltung in die Bewegung zu tragen, bzw. zu vertiefen.

Auf dem Koordinierungstreffen wurden die vorläufigen Ergebnisse der Bundeskonferenz Arbeitsgruppen zusammengetragen, sowie von einzelnen Standorten berichtet. Den regionalen Zusammenschlüssen wird vorgeschlagen, zu Pfingsten oder zwischen dem 17. und 21. Juni einen bundesweiten Aktionstag an Standorten und in den Städten zu machen. Sollte dieser Vorschlag auf Resonanz stoßen, würden dazu extra Vorbereitungstreffen stattfinden.

Das nächste Koordinierungstreffen soll am 27.6.81 in Würzburg oder Wiesbaden stattfinden.



In den Tagen vor der Brokdorf-Demonstration am 28.2. sowie am 13. und 14. April (Mo. u. Di.) haben AKW-Gegner aus gewaltfreien Aktionsgruppen und Bürgerinitiativen versucht, durch Blockaden des Haupttores die Bauarbeiten zu behindern. Für einige Stunden konnte das jeweils gelingen. Am Montag, dem 13.4. nahmen über 300 AKW-Gegner an der Blockade teil, am

Dienstag waren es immerhin noch 170. Im Laufe der Räumung durch die Polizei wurden auch Wasserwerfer eingesetzt. Während der Blockaden wurden über 100 AKW-Gegner vorübergehend festgenommen. Die gewaltfreien Gruppen wollen dessen ungeachtet ihre Widerstandskaktionen fortsetzen.



Warum wir nicht gefahren sind

Heute, am 28.2.81, ist Demonstration in Brokdorf. Wir sitzen zusammen wegen Brokdorf. Zehn-Uhr-Nachrichten:

Jusos, Chaoten und Kommunisten sind zur Demonstration gefahren.

Fast hätten wir uns entscheiden müssen, wozu wir gehören.

Die ersten Polizisten sind verletzt, da die Demonstranten die Polizei mit Molotow-Cocktails beworfen haben.

Wir stellen uns vor, wie die ersten Demonstranten aus den Bussen springen und ihre Mollies auf die erstbesten Polizisten schmeißen. Alle Demonstranten sind wohl auf und gesund?

Es sind Straßensperren mit brennenden Reifen errichtet worden.

Von wem? Wahrscheinlich sind das die gleichen Leute, die die Straßensperren auf den bundesdeutschen Autobahnen aufgestellt haben.

Ein Wasserwerfer ist in Brand geraten.

Wir fragen uns, seit wann Swimming-pools brennen.

Seit Donnerstag werden Polizeieinheiten zusammengezogen. Wer ist hier eigentlich bewaffnet und organisiert? Wer demonstriert hier eigentlich was? Gerichte und Polizei: Einigkeit und Stärke.

Wir demonstrieren deren Schwäche, allerdings mit unserer eigenen Schwäche, unserer Unorganisiertheit. Es geht um die wirtschaftlichen Grundlagen (wie Dregger deutlich sagte). Er traut uns allerdings nicht zu, das zu sehen. Welche wirtschaftlichen Grundlagen müssen denn da gegen einen großen Teil der Bevölkerung verteidigt werden?

Heute mittag wird sich entscheiden, ob die Demonstranten Landfriedensbruch begehen oder ihr im Grundgesetz verankertes Demonstrationsrecht wahrnehmen.

Alle Medien haben sich einheitlich „neutral“ gegen die Demonstration der Demonstranten ausgesprochen. Keiner hat die Demonstration von Polizei, BGS und anderer öffentlicher Macht verneint.

Wenn wir unsere Angst zulassen würden, könnten wir uns vielleicht auch besser organisieren. Dann wüßten wir auch gezielt - nicht nur wogegen - , sondern auch wofür wir demonstrieren wollen. Dafür brauchen wir eine Organisation. Unsere Vereinzelung gegenüber der staatlichen Organisation macht uns Angst, läßt uns unsere Machtlosigkeit spüren. In dieser Ohnmacht werden Pflastersteine geschmissen.

Auch haben wir Angst vor den Mitdemonstranten, die alle einzeln - unorganisiert - nebeneinander her-

marschieren, deren Gemeinsamkeit (für was sie marschieren) so gering ist, daß wir uns nicht sicher und solidarisch fühlen in dieser Masse.

Die staatliche Organisation demonstriert nur die Fassade ihrer Organisation, nicht ihre Hintergründe, ihre Meinungsmache, ihre Gewalt.

Die Angst vor Energieknappheit wird immer mehr geschürt. Viele ältere Mitbürger fühlen sich an Kriegsjahre erinnert. Doch diese Assoziation, die mit den Demonstranten verbunden wird, stellt die Energieknappheit in den Vordergrund, nicht den Krieg.

Doch ist Demonstration hier das richtige Mittel? Warum sollten wir massenweise zur Schlachtbank wandern und uns und unsere Ideen damit schwächen lassen, daß wir ins offene Messer rennen?

Fehlt uns nicht die Phantasie zu neuen Strategien, die uns stärken und nicht schwächen?

Die Demonstranten - lediglich mit Zähnen bewaffnet - stehen einer Polizeiorganisation - bis an die Zähne bewaffnet - gegenüber.

Jeder Demonstrant geht als einzelne Person mit. - Jeder Polizist steht da nur von Amts wegen.

Ist die Situation nicht verschoben?

Wir demonstrieren in Brokdorf und nicht beim RWE. Uns gegenüber stehen Polizisten, nicht die Atomkraftwerkbaugesellschaftsvertreter.

Also, warum wir nicht gefahren sind.

Wir haben uns natürlich der Nachrichten, Gewaltandrohungen etc. nicht entziehen können, die haben uns Angst gemacht. Diese Angst war so groß und die Sicherheit in der Gemeinsamkeit der Demonstranten so klein, daß wir nicht nach Brokdorf fahren konnten. Wir hatten das Gefühl, zur Schlachtbank gehen zu müssen. Eine Masse von 50.000 Leuten ist noch keine gemeinsame Stärke; dies zu glauben ist eine Illusion.

Wir wollen damit nicht grundsätzlich der Angst nachgeben und resignieren, sondern wir haben versucht, unsere Angst zu hinterfragen. Ist dies eine Angst, die uns lähmt, unsere Interessen zu vertreten, die uns ohnmächtig macht; oder ist dies eine Angst, die uns warnt, unsere Strategien zu hinterfragen? Wir wollen nicht als Märtyrer auf dem Schlachtfeld sterben, sondern eine eigene Organisiertheit entwickeln und der staatlich organisierten Macht entgegenzusetzen.

Wir bitten um Reaktionen und erhoffen uns eine politische Auseinandersetzung.

Eine politische Gruppe an der Gesamthochschule Essen

Stellungnahme zum weiteren Widerstand gegen Brokdorf

Die Demonstration am 28.2. hat die Möglichkeit, das AKW Brokdorf zu verhindern, verbessert. Zunächst scheiterten die Versuche von Staat und Medien, zuletzt durch Verbot der Demonstration, die Bewegung zu spalten (dies war ihnen 1977 noch gelungen). Dann war diese Demonstration so groß, daß sie von Polizei und BGS nicht zerschlagen werden konnte. Das Ziel, am Bauplatz zu demonstrieren, wurde erreicht. Die Demonstration hat einen politischen Druck entfaltet, der die Spannungen zwischen und in den Parlamentsparteien (Brokdorf ja oder nein, Demonstrationsrecht) verstärkt hat. Entscheidend ist aber, das diese Aktion nicht reicht, um den Bau zu verhindern. Bereits im gemeinsamen Demo-Aufruf hieß es: „Unser Kampf wird nicht durch diese Demonstration entschieden - wir müssen uns auf einen längerfristigen Kampf vorbereiten, der unseren gesamten Lebens- und Arbeitsbereich mit einbezieht.“

Was wir wollen, können wir erreichen - alles, was uns fehlt, ist die Solidarität.

Wenn es den örtlichen Initiativen gelingt, die erreichte politische Einheit gegen das AKW Brokdorf zu bewahren, vielleicht sogar noch zu verbessern, können wir Atomkraftgegner bereits im Frühjahr/Sommer versuchen, mit einer erneuten Großaktion den Druck gegen das AKW in Brokdorf zu verstärken. Die äußeren Bedingungen sind dann für uns wesentlich besser: es ist länger hell und es ist wärmer, auch das Wasser in den Gräben. Staat und Betreibern muß die Lust am Bau in Brokdorf gründlich genommen werden. Bereits die Bindung einer hohen Zahl von Polizeikräften kann dem Staat bedrohlich erscheinen, so schrieb die Frankfurter Allgemeine am 4.3.81:

„In ganz Norddeutschland hätte am vergangenen Wochenende nichts passieren dürfen, was gleichfalls starke Ordnungskräfte verlangte. Wer aber will garantieren, daß es nicht einst zweimal Brokdorf am selben Tag geben wird?“

Eben, warum sollten nicht Initiativen für Jugendzentren, Frauenhäuser oder Wohnungsinstandbesetzer einen Brokdorf-Demo-Termin nützen? Mehr und mehr Politiker könnten zu der Einsicht gelangen, die Albrecht bezüglich einer WAA Gorleben hatte, ein AKW Brokdorf ist politisch nicht durchsetzbar.

Aktionsvorschlag:

Um den Verhinderungscharakter deutlich zu machen, sollten jeden Tag vor einer möglichen Großaktion Sitzstreiks/Blockaden der Baustelle stattfinden, anzustreben wäre eine täglich steigende Teilnehmerzahl. Die Großaktion selbst sollte sich über wenigstens zwei Tage erstrecken, z.B. Pfingsten 6.-8. Juni (größere Wirkung, wir können unsere Verkehrsprobleme besser lösen). Ob wir den Bauplatz angreifen können, ist erst kurz vorher oder vor Ort zu entscheiden. Für die Formen des Widerstandes sollten die Festlegungen des letzten Aufrufes (28.2.) gelten.

Daß wir bei jeder neuen Aktion gegen den Bau des AKW Brokdorf mit abgestuften Spaltungsversuchen, Verboten und Kriminalisierung zu rechnen haben, bedarf schon kaum noch der Erwähnung, aber speziell zur Kriminalisierung, Verhaftungen und Anklagen zur Demo am 28.2.: so wichtig juristische Verteidigung ist, so wichtig die moralische und politische Unterstützung jedes Angeklagten ist, so wichtig es ist, über jedes Verfahren und jede Schweinerei Öffentlichlich herzustellen, der wirksamste Schutz aller Angeklagten besteht in einem erfolgreichen Kampf gegen das AKW (nur in Wyhl wurden alle Strafverfahren eingestellt).

BI Celle

Aufruf zu einem bundesweiten Aktionstag

Wohl die meisten der über 100 000 haben am 28. Februar die Demonstration mit gemischten Gefühlen erlebt. Bleibende Eindrücke sind: die vielen Leute, die unüberschaubare Masse; das Verkehrschaos und die organisatorischen Mängel sowie der weite Fußmarsch; die Überraschung, doch zum Bauplatz gekommen zu sein und der Frust, es nicht geschafft zu haben; die Nerverei und Demütigung bei endlosen Staus vor Sperrungen und bei Kontrollen und die Freude darüber, unkontrolliert angekommen zu sein; die Ohnmacht vor der Übermacht und Brutalität der Polizei und die Erfahrung, daß durch entschiedenes Auftreten Kontrollen und Filzungen verhindert, rasches Vorrücken der Polizei verzögert werden konnte; die klammheimliche und offene Freude darüber, daß sich immer mehr Menschen von Verboten und Hetze nicht einschüchtern lassen und nach dem Motto „legal? illegal? scheißegal!“ handeln.

Schließlich bleibt im Nachhinein die Frage unbeantwortet: Was bringen solche Aktionen? Wie kann der Weiterbau von Brokdorf nach vierjährigem Baustop erneut gestoppt werden? Immerhin wird anscheinend in aller Seelenruhe weitergebaut. Wird nicht durch die Eskalation polizeilicher Einsatzmittel (dieses Mal die Hubschrauberstaffeln) und die zunehmende Ignoranz der verantwortlichen Politiker einem Massenprotest gegenüber der Spielraum für die Wirksamkeit unserer Aktionen immer enger zugeschnürt? Verschiedene Widerstandskonzepte, ob gewaltfrei oder nicht rücken damit immer mehr zusammen: sie müssen sich dieselben Fragen stellen – nach der Wirksamkeit in der Öffentlichkeit und ob durch sie der Bau gestoppt werden kann.

Eines war auch vor der Demonstration schon klar: Durch eine Demo allein wird das Atomprogramm nicht zu Fall zu bringen sein. Unverzichtbar ist der Sand, der ständig in das Getriebe der Atomindustrie rieseln muß. Und er rieselt schon! In Hamburg wurden Banken darauf hingewiesen, daß auch sie im Atomgeschäft stecken. Als Merkhilfe waren die Türschlösser einiger Filialen verklebt. In Schleswig-Holstein mußten die Firmen Nordbeton und Mathiesen ihre Fahrzeuge (ein Bagger und neun Mischer) abschleppen lassen. Die Firma Nordbeton hatte es dabei besonders einlig, weil an den Fahrzeugen zu lesen war, warum sie stillgelegt wurden. Diese Beispiele wurden auf dem Untereilbetreffen

1. Machen wir das nächste Mal Aktionen da, wo sie uns diesmal nicht haben wollten! Nicht nur an den Bauplätzen sitzt die Atomindustrie. In den Städten und Orten sind die Zentren, an denen AKWs geplant, finanziert und Teile gefertigt werden. Der Kampf gegen die Kriminalisierung und für die Freilassung der gefangenen AKW-Gegner wird sicher bei allen Aktionen eine Rolle spielen. Nicht zuletzt ist die Verstärkung und Ausbreitung des Kampfs gegen das Atomprogramm ein Beitrag dazu, die Kriminalisierung wirkungslos zu machen.

2. Wir weichen der an einem Punkt geballten Polizeimacht aus und demonstrieren an vielen verschiedenen Orten gleichzeitig. Je mehr Aktionen wir ankündigen, desto besser. Jede Gruppe kann Ort und Form selbst bestimmen. Es kommt nicht zu der fruchtlosen Diskussion darüber, ob eine Aktion auf eine bestimmte Form festgelegt werden soll. Es kann auf bewährte Aktionen zurückgegriffen werden: Es lassen sich Kirchen besetzen oder anderes, Blockaden und Boykott durchführen, Kundgebungen, Öffentlichkeitsarbeit welcher Art auch immer. Aktionen können von kleinen Gruppen gemacht werden oder es wird eine große Öffentlichkeit mobilisiert. Sie können sich über mehrere Tage erstrecken – der Phantasie sind sicher keine Grenzen gesetzt. Wichtig ist nur, daß alles, was gleichzeitig passiert, auch möglichst schnell bekannt wird, um deutlich zu machen, daß es sich um eine Aktivität handelt. Auf die Presse werden wir uns hierbei nicht verlassen können. Mit einem eigenen Informationssystem kann versucht werden, sich bereits während der Aktion gegenseitig zu unterrichten. Dadurch wird der Eindruck der gemeinsamen massenhaften Aktion verstärkt, was nicht zu unterschätzen ist, wie die Demonstration vom 28.2. gezeigt hat.

3. Die Brokdorf-Demonstration hat davon profitiert, daß sich im letzten Jahr an verschiedenen Fronten Widerstand entwickelt hat: Gegen Wohnungsnot und Spekulation, gegen Atomraketen und militaristisches Säbelgerassel, gegen Umweltzerstörung durch Verkehrsanlagen und Vergiftung und gegen Entmenschlichung von Wohnen und Arbeiten. Auch wenn sich der Widerstand an verschiedenen Fronten äußert, so richtet er sich doch insgesamt gegen eine Politik, die in allen gesellschaftlichen Bereichen die Schraube enger zieht und in einigen überzogen wurde. **Die BIs gegen Atomanlagen sollten versuchen, auch die anderen Bereiche für den Aktionstag zu gewinnen.** Es widerspricht sich nicht, wenn sich der Widerstand nicht nur an verschiedenen Orten, sondern auch zu verschiedenen Themen gleichzeitig äußert.

Als Zeitraum für den Aktionstag wurde auf dem Untereilbetreffen vom 4.4. in Hamburg vorgeschlagen der 12. bis 21. Juni. Auch wenn an einem Tag überall Aktionen stattfinden, so kann die eine oder andere sich durchaus über mehrere Tage ausdehnen (z.B. Belagerung einer AKW-Baustelle mit Abschlußdemonstration). Außerdem kann in der Woche Öffentlichkeit über die verschiedenen Aktivitäten geschaffen werden. Die Juni-Woche ist in vielfacher Hinsicht günstig: Der 17. Juni ist ein arbeitsfreier Tag, der 18. Juni (Frohnleichnam) in einigen Bundesländern auch. Fast nahtlos schließt sich das Wochenende an. Es sind für den Zeitraum bereits Aktionen geplant, die aber zu dem Vorschlag nicht im Widerspruch stehen sollen (Rock gegen Rechts, Antifaschistische Demonstration am 17.6. in Frankfurt). In Hamburg findet der evangelische Kirchentag statt, der mit ca. 100 000 Besuchern eine große und erfahrungsgemäß auch zum Teil engagierte und fortschrittliche Öffentlichkeit darstellt. Außerdem ist im Mai die Standortentscheidung für die Hessische Wiederaufbereitungsanlage zu erwarten!

Auf dem bundesweiten Koordinierungstreffen vom 28.3. in Bonn ist bereits der Vorschlag für einen Aktionstag im Juni gemacht worden.

am 4.4. berichtet bzw. durch Briefe BIs und Zeitungen bekanntgegeben. Und die Presse, die „Gewalt“ schreit, wenn sie kann und gierig nach Verwertbarem Ausschau hält? Kein Wort über diese Aktionen! Sollte etwa die „Befürchtung bestehen, daß eine Veröffentlichung Signalwirkung haben könnte . . . ?!

Gerade wegen der unterschiedlichen Erlebnisse und Erfahrungen, wegen der verschiedenen politischen Zielsetzungen ist es nicht möglich schlüssig zu sagen, was die Demonstration vom 28.2. gebracht hat. Aber unabhängig von dem, was sich am 28.2. in den Konvois und in der Wilster Marsch abgespielt hat, ist durch die Vorbereitung der Demonstration das Thema Atomkraft verstärkt ins Bewußtsein der Bevölkerung gerückt. Nicht Artikel, Flugblätter, Veranstaltungen haben deutlich gemacht, daß die Betreiber den Ausbau von Atomindustrie und -staat beschleunigen wollen: Es war die Unverfrorenheit und die Brutalität mit der unserer Demonstration geantwortet wurde, die uns klargemacht haben: Sie meinen es ernst, das Taktieren ist vorbei. Nur die Vorbereitung einer bundesweiten Großaktion konnte überall gleichzeitig die Kontroverse derart ans Tageslicht bringen, konnte unsere Schwächen und Stärken und die der Gegenseite deutlich machen. Die Frage nach dem Sinn von Großaktionen wie am 28.2. kann uns nur dann weiterbringen, wenn wir aus den Stärken und Schwächen für die Zukunft lernen.

Mit Sicherheit war die Demonstration kein Abklatsch früherer vergleichbarer Aktionen. Die Demonstrationen von Hannover und Bonn haben in legalem Rahmen stattgefunden und der Gegenseite wenig Kopfschmerzen bereitet. Die Demütigung und Resignation vieler Menschen nach der Kalkar-Demonstration gab es am 28.2. nur ganz vereinzelt (bei denen, die nach stundenlangem Warten in einer Sperre umkehren mußten). Gerade die Brokdorf-Demonstration hat uns zumindest an einem Punkt die Handlungsfähigkeit zurückgegeben: Die Ankündigung, in den Städten zu demonstrieren, falls wir nicht an den Bauplatz gelassen werden, hat gefruchtet, auch wenn wir dann ohnmächtig vor der Übermacht von BGS und Polizei vor der Festung standen.

Hieraus leiten sich fast automatisch drei Dinge ab, die auch in verschiedenen Vorschlägen von BIs enthalten sind:

BUU Hamburg
Bartelstraße 26
2 Hamburg 6

oder
AK Politische Ökologie
Turnerstraße 9
2 Hamburg 6

eine Kleine... Presse-Schau

Die „Gewaltfraktion“ hat in Brokdorf erleben müssen, schmerzlicher als je zuvor, daß sie bei der ganz überwiegenden Mehrheit keinen Resonanz findet. Wird ein Legenprozeß beginnen oder wird die Mobilisierung von Seiten der Ideologen ihn zu blockieren versuchen? In einem Schnellschuß schon am Montag nach der Großdemonstration bezieht sich der „Arbeiterkampf“, die „Gewaltfreien“, als bürgerliche Leisetreter und Handlanger der SPD hinzustellen. Die Tübinger Gewaltfreie Aktion, deren Stellungnahme wir hier abdrucken, geben darauf in ihrer leichteren Art eine Antwort. Viele sollten wir die offene Auseinandersetzung mit den Mut haben, uns von Was-serwerfern bei Gefriertemperaturen naßspritzen zu lassen, dann sollten wir die offene Auseinandersetzung mit deren nicht scheuen. Umweltschlagerei in der Redaktion

TAZ

...s immer noch nicht fassen, sich in der Wilster Marsch abgepielt hat. Wir kamen um 13.00 Uhr nach 15-stündiger Fahrt von Kleve bis 2 Km vor Itzehoe. Die Straßen waren zu, deshalb liefen wir erfahren, die Nachrichten hatten wir erfahren, daß bereits Leute von Wilster in Richtung Bauzaun unterwegs waren. Wie konnte es geschehen, daß der Zug (die Züge) loszog, als noch Zigtausende auf der Autobahn waren? Warum gab es keinen Treffpunkt, an dem sich die auch erwarteten 100.000 Menschen sammeln konnten? Wir haben 77 in Kalkar bis 16.00 Uhr gewartet, bis alle Leute da waren und sind dann gemeinsam losgezogen. Nur deshalb hatte die Polizeisperre damals rein statistischen Wert. Und wer denn in Brokdorf einen Zug von 100.000 Menschen aufhalten können? Ich fuhr mit der Illusion nach Brokdorf, daß dort etwas organisiert war. Wir haben an keinem Zeitpunkt

notwendig, ihre Vorstellungen mit den anderen Beteiligten zu diskutieren und sich an der allgemeinen Vorbereitung zu beteiligen. Nur so läßt sich auch erklären, daß der BBU, bereitwillig unterstützt von Presse und Politikern, sich als Veranstalter der Demonstration und Sprachrohr der Anti-AKW-Bewegung in der Öffentlichkeit darstellen konnte. Liest man aber die vielen Berichte, die für diese Broschüre geschrieben wurden, so stellt man i.A. fest, daß trotz vieler organisatorischer Mängel – diese lagen meist nicht an den Ideen, sondern am Mangel an Menschen, die bereit waren, diese Ideen zu praktizieren – nicht Resignation vorherrscht, sondern Zuversicht und Wille, neue und wirkungsvolle Widerstandsformen zu entwickeln. So wird zur Zeit diskutiert – um sich Busproblemen, Verkehrsproblemen, langen Anfahrzeiten, unbekanntem Gebieten, Möglichkeiten der Bullenkonzentration usw. nicht auszusetzen – gemeinsam geplante, gemeinsam koordinierte und öffentlich diskutiert Aktionen zum gleichen Zeitpunkt aber an verschiedenen Schwerpunkten der Atomindustrie (Städte, Atomanlagen, Institutionen der Atomindustrie) schon in den nächsten Monaten durchzuführen.

... Aus diesen Erfahrungen kann nicht die generelle Schlußfolgerung gezogen werden: Großdemos bringen nix. Sicher, wenn diese Aktionen alleine stehen, wird damit das Atomprogramm nicht zu Fall kommen. Der Spielraum für eine Anti-AKW-Arbeit im Rahmen der bürgerliche Spielregeln geht gegen Null. Widerstandsformen müssen sich in Zukunft daran messen lassen, ob sie wirkungsvoll sind, d.h. ob sie tatsächlich Sand im Getriebe der Atomindustrie sind, wenn sie nicht zunehmend lächerlich werden wollen. Auch Großaktionen werden sich hieran messen müssen. Die Tatsache allein, daß 100.000 demonstriert haben, wird niemandem befriedigen, wenn er vorher weiß, daß nachher alles seinen normalen Gang geht. Allerdings bedeutet die Mobilisierung zu einer Großdemonstration auch: Politische Diskussion und Auseinandersetzung über den weiteren, gemeinsamen Widerstand; Erfahrungen aus verschiedenen Regionen werden eingebracht, der Widerstand äußert sich konzentriert. Derartige Aktionen finden in der Öffentlichkeit mehr Gehör und sie können die Grundlage dafür sein, neue Leute in die Diskussionsprozesse der BIs einzubeziehen. Gerade diese Möglichkeiten dürfen nicht über fruchtlose Frust-Debatten nutzlos verstreichen. Über Form und Durchführung sowie Ziel weiterer Großdemonstrationen soll und muß diskutiert werden. Die Erfahrungen vom 28.2. werden wir zu nutzen wissen – auch das ist eine Stärke. So kann eine nächste bundesweite Aktion das verbinden, was den Betreibern und Polizeistrategen so viel Kopfzerbrechen gemacht hat: Wir können an einem Standort demonstrieren und gleichzeitig Aktionen in verschiedenen Städten, bei verschiedenen Einrichtungen der Atomindustrie ankündigen und machen.

„Zweites Deutsches Fernsehen“

„Außergewöhnlich, fast erregend – da wird von einer verbotenen Demonstration so geredet, als sei sie gar nicht verboten gewesen (...). Wer Dekoration und Staffage für Chaoten und Schläger abgibt, in dieser Mischung zwischen Abenteuer-Wochenende und Betriebsausflug, der muß sich nicht wundern. Die Lehre von gestern? Die Demonstranten brauchen mehr Respekt vor Recht und Gericht, die Gesellschaft braucht viel mehr zutreffende Information über die Energie-Versorgung. Die Regierung braucht Mut zu einem Energie-Konzept. Das Parlament braucht Kraft zur Entscheidung. Sonst werden die Chaoten und die jetzt noch gutwilligen Mitläufer eines Tages entscheiden, wann die Lichter ausgehen.“ (K.H.Rudolph im „heute“-Kommentar)

auch die TAZ

Bonn '79 – Gorleben '80 – Brokdorf '81

Von Niederlage zu Niederlage

Es gibt keinen Grund zur Euphorie über die Teilnahme von 100.000 Leuten

Die Argumentation, es wäre schon ein kleiner Sieg, daß 100.000 an einer Demo teilgenommen haben, die verboten war, ist sehr kurzichtig. Daß sie gerade von denen benutzt wird, die Widerstand ins System zu integrieren versuchen (Teile der Gewerkschaften und bürgerlichen Parteien, legalistische Bürgerinitiativen, BBU etc.), sollte dabei schon stutzig machen. Die, die ihren Kampf nur an der Front der Legalität führen, werden sich sicher nicht mit einem Male geschlossen für die Illegalität aussprechen. Und wenn man genauer hinsieht, tun sie es auch nicht. Die Illegalität der 100.000 war nämlich bereits vor der Demo von den Herrschenden längst zur ERLAUBTEN ILLEGALITÄT erklärt worden. Als integrierte Illegalität hat sie ihren Charakter von Widerstand, der das System als solches angreift, verloren. Sie ist durch die geschickte Duldung zu einem Stück Legalität geworden. Zu einer Spielwiese, auf der wir, die radikale Linke, sich nicht tummeln sollte.

Die Taktik der anderen Seite war, auch wenn sie Ergebnis ihrer eigenen Widersprüchlichkeit und nicht Resultat eines durchdachten Planes war, geschickt. Für jeden im Sinne der Staatsideologie aufrechten Bürger war spätestens seit der Gerichtsentscheidung aus Schleswig klar, daß das Demonstrationsverbot selbst im Sinne der Gesetze der Herrschenden rechtswidrig war. Im Sinne dieses Urteils verhielt es sich als durchaus rechtmäßig, also legal, wenn er von seinem Recht auf Demonstration Gebrauch machte. Hinzu kam, daß dieses Urteil von Teilen der Medien und vor allem auch von Teilen der Politiker vorbereitet war. Man denke nur an Hirsch, der nach Erlaß des Verbotes spontan sagte, jetzt fahre er gerade hin. Welchen Zweifel sollten da die Bürger

aus der "Großen Freiheit"



einige Akw-Gegner aus dem AK Pol. Ökologie

Beteiligten beantworten – es gibt Menschen, die sagen „das nächste sind wir 200.000“; die vergessen, wir jetzt auch nicht verhindern könnten, daß zwei Tage nach der Demonstration weitergebaut wurde.

Ein Erfolg war die Demonstration dann, wenn wieder neue Menschen Mut gefaßt haben, sich am Widerstand zu beteiligen, mehr Klarheit über diesen Staat gewonnen haben und mit größerer Sicherheit ihre eigenen Vorstellungen von Legalität zur Grundlage ihres Handelns machen. Ein Anzeichen für solch einen Erfolg ist es sicher, wenn über 100.000 Menschen sich über das Demonstrationsverbot hinweggesetzt haben und das trotz der massiven Hetze und Einschüchterungsversuche durch die Presse und Bedrohung durch das Riesenaufgebot an Staatsschutz-Truppen und -Einrichtungen. Auch, daß viele Gruppen nicht mehr bereit waren, sich durchsuchen zu lassen – es wurden teilweise Sperren durchbrochen oder umgangen – und falls sie aufgehalten worden waren, umkehren wollten, um an anderen Orten (meist in Städten) wirkungsvolle Aktionen durchzuführen. Das eigene Verhalten der zu erwartenden Bullentaktik gegenüber ist noch vor keiner großen Demonstration von so vielen Gruppen und so offen diskutiert worden, d.h. es bestand der Anspruch, sich den Bullen nicht mehr hilflos auszuliefern, wie das z.B. bei der Kalkar-Demonstration der Fall war. Dagegen haben sich an der Vorbereitung zur Demonstration und an den Diskussionen um das Ziel der Demonstration und um die Widerstandsformen viel zu wenig Menschen beteiligt, so daß die Demonstration teilweise auch den Charakter einer Konsumveranstaltung trug – viele Demonstranten kannten den Weg nicht, wußten nicht, was sie am Bauplatz überhaupt wollten, schimpften darüber, daß die „Veranstalter“ ihnen nichts boten, nicht mal eine perfekte Organisation. Sie dachten, ihr Beitrag sei mit dem Kauf einer Buskarte erledigt. Andere Demonstranten hatten sich technisch gut vorbereitet, um z.B. Sperren anzugreifen, aber hielten es nicht für

In zehn Jahren könnten wir es geschafft haben!

Brokdorf '81 - eine Niederlage ?



In den Tagen und Wochen nach der Brokdorf-Demonstration habe ich, wie wohl viele, mit großem Interesse verfolgt, wie die Demo so von den Leuten und Gruppen eingeschätzt wurde. In der TAZ waren viele Leserbriefe und Stellungnahmen abgedruckt, und vor kurzem kamen die ersten Brokdorf-Dokumentationen der BUU und des „Aktionskreises Leben“ heraus.

In keiner „Einschätzung“ konnte ich mich wiederfinden, viele haben mich total wütend gemacht. Wenn AKW-Gegner die Demo deshalb „blöd“ fanden, weil sie soweit laufen mußten und es so kalt war, so finde ich das schon schlimm genug. Schlimmer, weil in ihrer Bedeutung viel schwerwiegender (denn sie werden „politisch“ begründet), finde ich allerdings Einschätzungen, die die Brokdorf-Demo als „die Niederlage“ abqualifizierten. Wer eine Demo, wie die in Brokdorf, so einschätzen kann, der hat meines Erachtens die grundlegenden Bedingungen, unter denen wir gegen AKWs kämpfen, nicht verstanden und vor allem hat er die Menschen, die nach Brokdorf gezogen sind, nicht verstanden. Leider ist diese Einschätzung gerade unter den „autonomen“, radikalen, linken / oder wie immer man sie nennen mag, AKW-Gegnern weit verbreitet, unter vielen Aktivisten also. Die Konsequenz dieses, manchmal fast masochistisch anmutenden, „Suchens nach Niederlagen“ ist zunehmende Resignation, Frustration, Perspektivlosigkeit und letztlich die Isolierung.

Alternativen, die die Erfolge bringen könnten, die man in anderen Aktionen zu vermissen meint, gibt es nicht. Denn die Ansprüche an Widerstand und Aktion sind in ihrer Absolutheit nicht erfüllbar. Solange diese Absolutheit besteht, bleibt als Konsequenz nur das Gefühl, ständig Niederlagen zu erleiden. Wenn dieses Gefühl für das politischen Denken und Handeln bestimmend wird, so raubt man sich langfristig den Mut und die Kraft zu kämpfen. Schöpfen kann man Mut und Kraft nur aus dem Glauben und dem Wissen, etwas erreichen zu können. Das setzt voraus, daß man sehen kann, was man erreicht hat. Wenn wir nicht in der Lage sind, die Erfolge, auch wenn es manchmal nur kleine sind, zu sehen, dann haben wir keine Perspektive. Und ohne Perspektive haben wir keine Zukunft und werden keine Menschen motivieren können, mit uns zu kämpfen.

Den folgenden Artikel habe ich geschrieben, um zu zeigen, daß es keinen Grund gibt zu resignieren. Im Gegenteil. Die Demo in Brokdorf hat die Aussichten für einen weiteren erfolgreichen Widerstand gegen das Atomprogramm verbessert. Dazu kommen einige Anzeichen, daß sich die Atomindustrie in einer existenziellen Krise befindet. Ihre nach außen gezeigte Fassade scheint noch fest und stabil; von hinten besehen lassen sich aber tiefe Risse bis ins Fundament erkennen. Der Atomindustrie steht eine schwere Zeit ins Haus. Wir sollten ihr den Todesstoß versetzen. In zehn Jahren könnten wir es geschafft haben.

„Bonn 79 - Gorleben 80 - Brokdorf 81, von Niederlage zu Niederlage“. So formuliert es ein Hamburger Autonomer in der „Großen Freiheit“. Man muß diese Kette noch ein bißchen erweitern und vervollständigen. Wuhl 75, Brokdorf 76, Brokdorf 77, Grohnde 77, Kalkar 77, Gorleben 77,78 und 79, um nur die größeren Aktionen zu nennen. Alles Niederlagen! Was soll das eigentlich? Wie soll eine Aktion denn aussehen, damit es keine Niederlage wird?

Brokdorf 81, der vorläufig letzte Punkt einer Kette von Niederlagen? Wenn ich so etwas lese, dann bäumt sich in mir alles auf.

Brokdorf 81, das ist meiner Meinung nach die stärkste Aktion der Anti-AKW-Bewegung in den letzten Jahren gewesen. Die Tatsache, daß diese Demo überhaupt zustande gekommen ist, wie sie zustande gekommen ist und wie sie abgelaufen ist, gibt mir viel Kraft und Optimismus für die Zukunft.

Klar, viele Sachen haben nicht geklappt. Aber wenn man sich überlegt, daß so wahnsinnig vie-

le Leute, trotz dieser Hetze, sich beteiligt haben, dann zeigt das doch etwas. Und zum ersten Mal seit Grohnde 1977 haben wir uns wieder organisiert, richtig organisiert und vorbereitet. Mit Sani-Ausschüssen, Verkehrsausschüssen und, und, und. Es hat zwar nicht so viele „Zaungruppen“ gegeben, die Vorbereitung lag mehr auf dem Schwerpunkt, was tun bei Sperrungen, was tun, wenns nicht mehr weitergeht. Die Vorbereitung darauf war auch konsequent und oft sehr „praktisch“. Da steckte doch eine große Kraft und Konsequenz bei den meisten Leuten dahinter, das muß man doch sehen. Und auf diese Kraft und Konsequenz können wir bauen, wenn es darum geht, zukünftige Aktionen zu planen.

Wenn jemand vor einem halben Jahr das prophezeit hätte, was vor dem 28.2. und am 28.2. um Brokdorf gelaufen ist, den hätten die meisten für verrückt erklärt.

Um die Frage zu klären, welche Bedeutung die Demo am 28.2. gehabt hat, muß man unbedingt

mit einbeziehen, in welchem Zustand sich die Anti-AKW-Bewegung in der Zeit davor befunden hat. Die Lage war geprägt von innerer Zerrissenheit und Perspektivlosigkeit. Die Räumung des Anti-Atom-Dorfes auf 1004 hatte tiefe Wunden hinterlassen. Die Besetzung und schon gar nicht die Räumung von 1004 konnte man als eine bundesweite - halbwegs einheitliche - Aktion der Anti-AKW-Bewegung bezeichnen. Die Diskussion um die Räumung, um den Sinn der ganzen Besetzung, führte zur völligen Aktionsunfähigkeit. Letztlich in die Isolation führende Positionen beherrschten die Diskussion um 1004. Für die einen war 1004 ein Neubeginn, der aufgehende Stern einer neuen Widerstandsform, nämlich des streng gewaltfreien Massenprotestes, für die anderen war es die endgültige Verinnerlichung der Ohnmacht der Anti-AKW-Bewegung gegenüber einem bürgerkriegsspielenden Staatsapparat. Meinungen, die dazwischen lagen und die nicht zuletzt den größten Teil der Bewegung repräsentierten, wurden kaum, und wenn, dann nur schwach vertreten. Ein beredtes Dokument dieses traurigen Zustandes war die Bundeskonferenz Ende November 1980, genau drei Monate vor der Brokdorf-Demo. Die „Speerspitze“ der Anti-AKW-Bewegung - an die 1500 Aktivistinnen und Aktivisten waren nach Bremen gereist - war völlig unfähig, den Stand der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die Atomenergie und um andere Fragen, die Erfahrungen vergangener Aktionen und Widerstandsformen, sowie die anstehenden Aufgaben sinnvoll miteinander in Zusammenhang zu setzen und daraus Perspektiven für die weitere Arbeit und den Widerstand zu entwickeln. Die AG Widerstandsformen - immerhin die größte - löste sich ergebnislos auf und war nicht einmal zu einem Bericht fähig. Daß die Bundeskonferenz insgesamt als Erfolg gewertet wurde, zeigt, mit welcher Elle die Anti-AKW-Bewegung wenige Monate vor Brokdorf gemessen wurde.

Obwohl lange bekannt war, daß in kürzester Zeit der Weiterbau des AKW Brokdorf bevorsteht, wurde die Diskussion darüber auf der Bundeskonferenz verdrängt. Als in einem Redebeitrag auf dem Abschlußplenarum der Vorschlag gemacht wurde, einem Weiterbau in Brokdorf mit einer Großdemo am Bauplatz zu begegnen und diese auch schon vorzubereiten, erntete der Redner mitleidiges Lächeln und konnte noch froh sein, überhaupt weiterreden zu können. Nach Grohnde, Kalkar und Bonn und vor allem nach 1004 waren Großaktionen verpönt, „das bringt doch nichts mehr!“. Großdemonstrationen - gar am Bauplatz - trauten sich nur Mutige überhaupt anzusprechen - vergebens, denn diese Widerstandsform schien von der Anti-AKW-Bewegung endgültig zu den Akten gelegt worden zu sein.

Das änderte sich schlagartig, als wenige Tage vor Weihnachten Kläger, örtliche BI's und Hamburger Gruppen zu einer ersten regionalen Demonstration am Bauplatz aufriefen und - trotz minimaler Vorbereitung - 10.000 kamen und zudem keineswegs nur "friedlich" ihren Protest ausdrückten. "Man" war überrascht, zeigte doch diese Aktion die Bereitschaft vieler AKW-Gegner an, bei Weiterbau zum Bauplatz Brokdorf zu ziehen. Auf dem Kollmarer BI-Treffen wurde dann im Januar definitiv beschlossen, im Falle eines Fortganges der Bauarbeiten zu einer Großdemo am Bauplatz aufzurufen. Was war passiert, wie war es möglich, daß so ein Beschluß nun plötzlich doch gefällt wurde und dazu noch fast einstimmig?

Die Reaktionen nach der Brokdorf-Demo zeigen, daß es keine tiefgreifende Bewußtseinsänderung gewesen sein kann. Es war wohl mehr der Mangel an einer echten Alternative, die Aussicht sich mit einem Boykott oder Nichtaufruf vollends zu isolieren (und nicht zuletzt die immer stärker werdende Stimmung für eine solche Aktion), die dazu führte, daß auch diejenigen zur Demo aufriefen, die sich noch wenige Monate vorher entschieden gegen Großaktionen gewandt hatten.

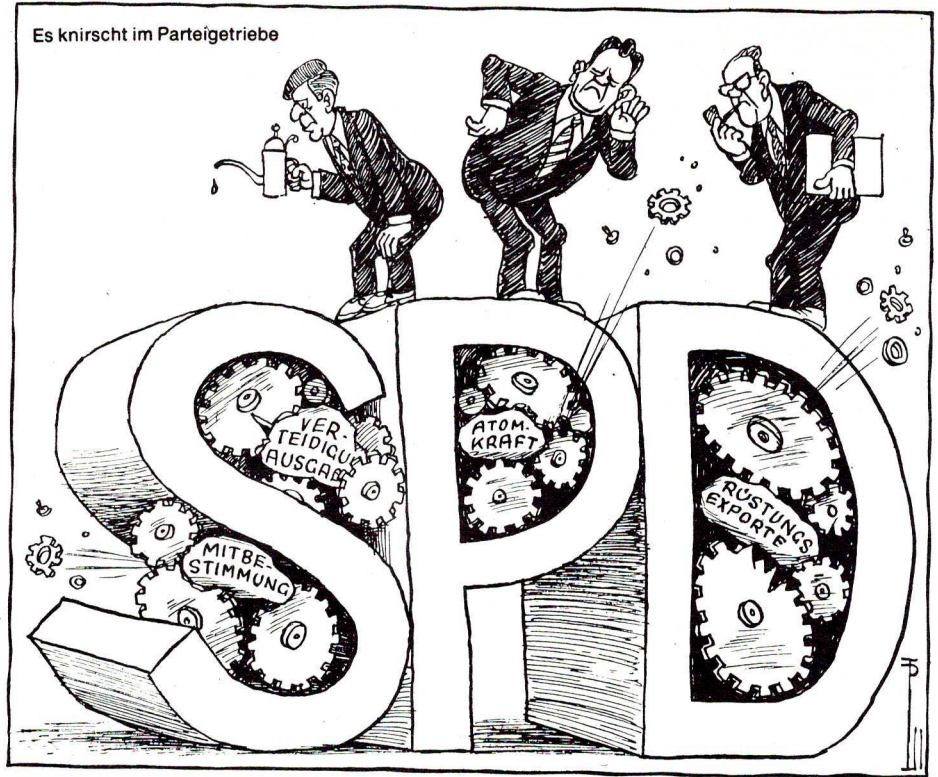
Um so schlimmer jedoch der Kater nach der Demo. Natürlich, eigentlich hatte man es ja schon vorher gewußt, daß solche Aktionen vorprogrammierte Niederlagen sind. Das AKW wird weitergebaut, das Atomprogramm steht immer noch, das System hat es mal wieder geschafft, unseren Widerstand zu kanalisieren und zu integrieren! Wir ahnungslosen 100.000 sind also wieder einmal Stolti, Schmidt und diesmal vielleicht auch noch Jo Leinen auf den Leim gegangen. Wir haben es nicht durchschaut, das Spiel, das man mit uns trieb. Das Demo-Verbot, die Hetze, Aufrufe aller Parteien, des Bundeskabinetts, ja selbst der Brokdorf-Gegner Matthiesen und Klose gegen die Demo, das alles ist in Wirklichkeit ein grandioser Trick gewesen. Gepaart mit einer flexiblen Polizeitaktik und dem psychologisch-strategischen Überraschungscoup, die Militanten von uns gar ungehindert zum Bauplatz zu lassen, damit sie sich mittels der mitgeführten Kampfwerkzeuge müde tragen - ja, das alles zusammengenommen - ein besonders abgefeimtes Stück staatlicher Integrationsstrategie. Und, wie schon gesagt, wir fallen auch noch drauf rein, anstatt? - ja was denn eigentlich anstatt?

Solche Theorien kommen mir vor, wie eine moderne Anti-AKW-Dolchstoßlegende. Und sie reden Perspektivlosigkeit, Resignation und Dauerfrust geradezu herbei in einer Situation, die, mal von einer anderen Warte aus gesehen, für die Anti-AKW-Bewegung so günstig aussieht wie schon lange nicht mehr.

Sprengstoff Energiepolitik

Die Auseinandersetzung um den Weiterbau des AKW Brokdorf zeigt, welche Sprengkraft die Frage Atomenergie immer noch besitzt. Nachdem zeitweise andere politische Fragen im Mittelpunkt standen - Hausbesetzungen, Kriegsgefahr usw. - hat die Diskussion in großen gesellschaftlichen Gruppen gezeigt, daß der Konflikt um die zukünftige Energiepolitik keineswegs entschieden ist, sondern daß er ständig weiter geschwelt hat.

Innerhalb der SPD ist der Berliner Parteitagsschluß - ohnehin nur mit knapper Mehrheit gefällt - für die praktische Politik der Schmidt-Regierung nicht mehr anwendbar. Die Formel "so-



viel Kohle wie möglich - so wenig Kernkraft, wie unbedingt nötig" - seinerzeit von Schmidt, Wehner und Brandt als Kittformel konstruiert - ist der Formel "ein erheblicher Teil Kernkraft auf jeden Fall" gewichen. Diesen Brocken hat die Gesamt-SPD noch nicht geschluckt, er könnte im Halse stecken bleiben. Ähnliches gilt für die FDP. Über CDU/CSU erübrigt es sich, ein Wort zu verlieren, obwohl es auch hier zu einer zunehmenden Konfliktzuspitzung zwischen Mittelstands- und Großkapitalfraktion kommt (z.B. jüngste Kritik der Industrie- und Handelskammern am Atomprogramm).

Fazit: Der Konflikt um die Atomenergie ist also in der letzten Zeit in den großen gesellschaftlichen Gruppen weitergegangen, er hat sich polarisiert und in dessen Folge erheblich verschärft. Auf Grundlage einer solchen verschärften Auseinandersetzung, in der der Anteil der Gegner eines forcierten Ausbaus des Atomprogramms zugenommen hat (auch in den Gewerkschaften), entstehen Widersprüche innerhalb der Regierung, Parteien und Verbände, an die der Widerstand anknüpfen kann und so die Erfolgsaussichten erheblich verbessert. Brokdorf zeigt dies sehr deutlich.

Die Grundlage der verschärften Auseinandersetzung

Eine Grundlage für die momentane verschärfte Auseinandersetzung um die Atomenergie in der BRD bildet die ökonomische und politische Lage der Atomindustrie. Ziemlich unbeachtet von der Öffentlichkeit wird bei der Kraftwerkeunion (KWU) seit längerem kurzgearbeitet. Die Auftragslage hat sich nach acht Jahren Hochkonjunktur in den Jahren 69 bis 77 erheblich verschlechtert. 1969 bis 77 wurden noch 20 Inlandsaufträge und 14 Exportaufträge erteilt. Seit Ende 1976, seit über vier Jahren also, kamen nur zwei neue Aufträge dazu, nämlich die AKW's Lingen und Neupotz. Mit dem Platzen praktisch aller großen Exportaufträge (Iran, Brasilien - siehe Artikel im nächsten Atom-Express) hat das Auftragspolster der KWU die Form einer galoppierenden Schwindsucht angenommen. Über einen längeren Zeitraum kann die deutsche Reaktorindustrie - Kernstück der deutschen Atomindustrie - einen solchen Zustand nicht durchhalten.

Die Kapazitäten bei KWU und Zulieferindustrie sind auf fünf bis sechs 1.300 MW-Einheiten pro Jahr ausgelegt. Unter Reaktorspezialisten gilt diese Zahl langfristig auch als das absolute Minimum, um mit technischem Fortschritt im Reaktorbau mithalten zu können.

Seit 1975 kann die KWU von solchen Zahlen nur träumen. Im Schnitt kam man höchstens auf ein bis zwei Einheiten pro Jahr. Kurzarbeit für die 15.000 Reaktorbauer der KWU und ein teilwei-

ser Abgang von hochwertigen Reaktorspezialisten waren die Folge. Die Versuche der KWU, die schwierige Inlandsnachfrage durch Erfolge auf dem Exportsektor auszugleichen, schlugen nach Anfangerfolgen fehl. Kein Wunder, immer mehr Reaktorbauer kämpfen um immer weniger Aufträge. Weltweit wurden in den Jahren 1979 und 80 nur neun neue Reaktoren geordert, dreizehn bereits erteilte Aufträge in dem gleichen Zeitraum aber wieder zurückgenommen. In den USA, dem mit Abstand größten Markt für AKW's, ist die Entwicklung am deutlichsten abzulesen. 1965 und 66 wurden in den USA 77 AKW's bestellt, 1974 nur noch 26, 1975 und 76 nur noch sieben, und seit 1978 kein einziges mehr. Viele, der in den Jahren zuvor bestellten, wurden zurückgenommen. Allein 1975 wurde in den USA der Bau von 98 AKW's gestrichen. Mitte 1977, also noch vor Harrisburg, erreichten die Auftragsstornierungen die Zahl 192. Westinghouse, führender US-Reaktorbauer, geht es also nicht besser als der KWU. Wesentlich besser - von der Inlandsituation her gesehen - geht es den französischen und japanischen AKW-Produzenten. Sie bleiben denn auch im Kampf um die immer weniger werden den weltweiten Aufträge immer öfter Sieger und stechen KWU und Westinghouse aus. In dieser mehr als düsteren Situation - die KWU hat seit ihrem Bestehen noch keine Mark Gewinn erwirtschaftet - hat der Inlandmarkt

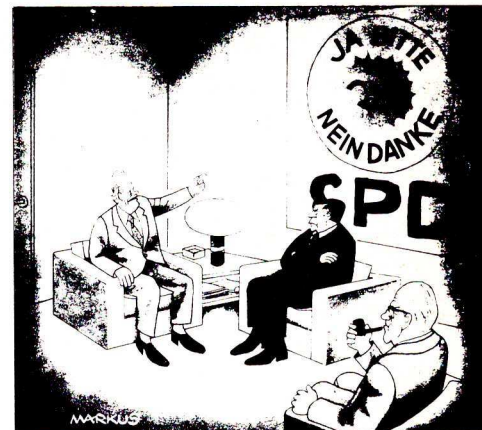
erneut an Bedeutung gewonnen, ja von seiner Entwicklung scheint die weitere Existenz und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Reaktorindustrie abzuhängen. Die KWU kalkuliert und argumentiert folgendermaßen:

– Wir brauchen innerhalb kürzester Zeit wieder durchschnittlich 5 bis 6 Aufträge pro Jahr. Im Export können wir zur Zeit höchstens ein bis 2 Aufträge erzielen. Also muß der Rest, 4 bis 5 Aufträge jährlich, über den Inlandsmarkt abgedeckt werden. Für einen solchen AKW-Boom muß sich aber das Gesamtklima in der Energiediskussion grundlegend ändern. Mit einer Formel "Atomstrom nur für den Restbedarf" können solche Zielvorstellungen nicht realisiert werden.

– "Wir müssen wieder zurück zu den Zeiten, in denen Atomstrom in der breiten Öffentlichkeit als umweltfreundlich, sicher, billig und zuverlässig galt", so formulierten es führende AKW-Manager in ihrer Zeitung Atomstrom. Eine schier unlösbare Aufgabe angesichts der

Diskussion und der Meinungsbildung auf dem Energiesektor der letzten Jahre. Aber diese Aufgabe muß angegangen werden, will die dt. Atomindustrie überleben, diese Erkenntnis hat sich innerhalb der Pro-Atomenergie-Lobby immer mehr durchgesetzt. Sie ist auch Hintergrund des "Sinneswandels" von Bundeskanzler Schmidt, der vor einem viertel Jahr - im Zusammenhang mit Brokdorf - zum ersten Mal erklärte, "für mich bildet der Berliner Parteitagbeschuß keine annehmbare Grundlage mehr". Ein Parteitagbeschuß, der vor zwei Jahren von Schmidt selbst formuliert wurde.

In der parteiinternen Auseinandersetzung müssen Atomlobbyisten wie Schmidt und Börner so immer offener und radikaler die Position der Atomindustrie einnehmen. Ihre Integrationskraft innerhalb der Partei nimmt in diesen Fragen zunehmend ab. Die Kräfteverhältnisse sind wieder in Bewegung geraten, im letzten Jahr eindeutig zugunsten der Gegner eines stärkeren Ausbaus der Atomenergie.



„Glaubt ihr nicht, daß unsere Wähler eine etwas deutlichere Stellungnahme von der SPD erwarten?“

Technische und ökonomische Krise des Atomprogramms

Diese Tendenz wird noch verstärkt durch erhebliche technische und wirtschaftliche Schwierigkeiten, die die Stromerzeugung aus Atomenergie aufwirft. Atomenergie wird immer unattraktiver. Das hat mehrere Gründe. Ich kann nur einige herausgreifen, die mir besonders wichtig erscheinen.

Die Kostenlawine

Die Baukosten für ein Atomkraftwerk haben sich in den letzten drei Jahren fast verdreifacht. Das AKW Brokdorf soll nun über 3 Milliarden DM kosten. Gründe dafür sind die enorm hohen Entwicklungskosten immer neuer und größerer Reaktortypen, die auf immer weniger AKW-Einheiten umgelegt werden müssen. Auch immer höhere Sicherheitsauflagen trieben die Preise in die Höhe. Die Kostenlawine betrifft nicht nur die Kapitalerstinvestitionen, sondern auch die Betriebskosten. Der Uranpreis je Kilo hat sich allein von 1969 bis 1976 von 10 auf 100 Dollar erhöht, also eine Verzehnfachung. Schwerwiegender noch sind die technischen Probleme mit den großen Leichtwasserreaktoren, wie sie heute fast ausschließlich gebaut werden. Gemessen an anderen Kraftwerken ist die durchschnittliche Verfügbarkeit gering. Immer wieder müssen AKWs abgestellt werden. Schwierigkeiten gibt es z.B. bei den Generatoren. 1300 MW Generatoren zu bauen ist nicht leicht. So flog auf dem Prüfstand der KWU in Mühlheim der Läufer des für das AKW Phillipsburg bestimmten 1300 MW Generator auseinander: Totalschaden.

Schlimm sieht es auch im Kühlsystem aus. In ihrem Jahresbericht 1975 schreibt die KWU: „Es ist bekannt, daß der Chrom-Nickel-Stahl INCONEL 600 der Wasserkorrosion widersteht. Lange Zeit glaubten wir, daß das Material sämtlichen Anforderungen entsprechen würde. Heute wissen wir jedoch, daß dieser Chrom-Nickel-Stahl langfristig nicht erkennbare Zersetzungerscheinungen aufweist. Nach gewisser Zeit läßt seine Festigkeit nach. Unsere Metallurgen wiesen uns auf dieses, von sämtlichen Spezialisten der Welt festgestellte Problem hin. Wir beschloßen daher, INCOLOY 800 zu verwenden, das bis heute 1975, hervorragende Resultate aufwies.“

Die KWU wandte daraufhin diesen neuen Stahl an, mußte 1978 aber wieder eine Reihe ihrer Reaktoren wegen Leckagen im Kühlsystem stil-

legen. Das Problem hat sich so weit verschärft, daß die Reaktorsicherheitskommission Anfang 1981 verfügte, daß in 5 deutschen AKWs - Stade, Würgassen, Ohu, Phillipsburg und Krümmel (zum Teil AKWs, die noch nicht einmal den Betrieb aufgenommen haben) - die gesamten Rohrleitungs- und Ventilsysteme ausgetauscht werden müssen. Geschätzte Kosten: ca 3 - 4 Milliarden DM.

Eingebaut werden sollen nun zwei neue Rohrsorten, aus einer Mangan-Molybdän-Nickel-Verbindung (20MnMoNi55) und eine ohne Molybdän (15 MnNi63). Beides ein dickwandiger weicher Walzstahl, der sich leicht schweißen läßt. Mit dem Nachteil, daß der neue Stahl korrosionsanfällig ist, wollen die AKW-Bauer leben. Badenwerksprecher Lutz Fleischer beruhigte Kritiker mit den Worten:

„Korrosion kann man beobachten.“

Ein noch schwereres Problem wird die Zukunft bringen. Der hochfeste Feinkornstahl, aus dem die Rohrleitungen, die jetzt ausgewechselt werden müssen, zusammengesweißt wurde, wurde auch für die Sicherheitsbehälter aller bisher in der Bundesrepublik gebauten AKWs verwendet. Ob das Materialproblem überhaupt zufriedenstellend gelöst werden kann, weiß zur Zeit niemand, auch die KWU nicht.

Von Brütern und anderen Problemen

Die Zukunftsversionen der Atomindustrie zerplatzen Stück für Stück wie Seifenblasen. Jahrelang wurde der Öffentlichkeit vorgegaukelt, mit dem Schnellen Brüter (SB) und dem Hochtemperaturreaktor (HTR) werde die Tür zu einer schier unerschöpflichen Energiequelle ganz weit aufgestoßen. Nun stellt sich nach und nach heraus, daß diese Vision niemals Wirklichkeit werden wird.

Sicher scheint im Moment nur zweierlei: Zum einen, daß weder der SB in Kalkar, noch der HTR in Schmeehausen jemals wie geplant funktionieren werden und zweitens, daß sie schier unersättliche Geldfresser sind. Kostspielige

Spielzeuge der Reaktorindustrie. Hauptfinanzier dieser beiden Superprojekte ist der Bund. Die Energieversorgungsunternehmen haben sich - wohl in wieser Vorrassicht - da raus gehalten. Gemäß dem Kalkarvertrag von 1972 beträgt der Staatsanteil 92%. Davon zahlt 70% Bonn, den Rest teilen sich die beteiligten Länder Holland und Belgien. Nur 8% der Kosten gehen zu Lasten holländischer, belgischer und britischer Firmen, sowie der Rheinisch Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE), die es ansonsten vorzieht, sich stärker am "moderneren" Superphenix in Malville zu beteiligen.

Ob Kalkar überhaupt zu Ende gebaut wird, ist keineswegs sicher. Über die notwendige Kapitalaufstockung gibt es derben Streit. Holländer und Belgier wollen keinen Pfennig dazulegen. Der Bund - ohnehin bis über beide Ohren verschuldet - kann auch nicht viel mehr. Im Gegenteil, allein für 1981 klafft im Etat von Forschungsminister Bülow eine Kalkarfinanzierungslücke von 218 Mio DM.

Der Vorschlag von Karl-Heinz Künzel (Vorstandsmitglied der Badenwerk AG), jährlich 300 Mio. über einen per Gesetz eingeführten "Kalkarpennig" über die Strompreise reinzuholen, stößt in Bonn auf wenig Gegenliebe. Forschungsminister Bülow besteht auf einer "freiwilligen" Selbstbeteiligung der Stromversorgungsunternehmen. Als einzige hat bisher die RWE eine Kapitalaufstockung für Kalkar angeboten. Lächerliche 41 Mio. will sie zulegen, ein Betrag, der in Kalkar in wenigen Wochen verbaut ist. So droht Kalkar das Schicksal, die teuerste Bauruine in der Geschichte der BRD zu werden.

Beim HTR sieht es nicht viel besser aus. Seit zehn Jahren wird nun schon gebaut, stolze 1,3 Mrd. sind schon verbraten und seit Jahren schon, bemerkt Klaus Traube im Spiegel bissig, steht der HTR gerade 3 Jahre vor seiner Vollendung. So auch jetzt. 1984 soll er in Betrieb gehen. Aber viele Wissenschaftler vertreten die Ansicht, der HTR sei von Anfang an ein totgeborendes Kind gewesen. Die USA, England und Frankreich haben schon in den fünfziger und sechziger Jahren die Finger vom HTR gelassen. Nur einige deutsche HTR Lobbyisten hoffen noch. Die Kosten werden von Kritikern mittlerweile auf runde 4 Mrd. DM geschätzt. Finanzierungsprobleme wie beim schnellen Brüter, dessen Baukosten von ursprünglich 1,5 auf nun über 6 Mrd. DM geschätzt werden, werden also nicht lange auf sich warten lassen. Solche offensichtlichen Pleiteprojekte erschüttern das ohnehin schwer angeschlagene Image der Atomlobby zusätzlich.

Wiederaufbereitung

Die Wiederaufbereitung hochaktiver Abfälle im großtechnischen Maßstab steht ebenfalls schier unlösbaren technischen Problemen gegenüber. Die im Gorleben-Hearing schon auf dem Reißbrett offensichtlich gewordenen Schwierigkeiten haben den Glauben an eine funktionierende WAA schwer erschüttert. In Gorleben schon politisch nicht durchsetzbar, stoßen auch die WAA Pläne in Hessen auf massivsten örtlichen Widerstand (siehe Artikel dazu im AE). Die Kalkarplatte erschwert den WAA-Bauern zusätzlich die Argumentation. Denn mit dem Argument "ohne WAA gibt's keinen Brennstoff für den Schnellen Brüter, der Zukunft des Atomprogramms" war die Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen (DWK) - Bauherrin einer WAA - bisher hauptsächlich an die Öffentlichkeit gegangen. Dies Argument zieht nun nicht mehr so recht. Unsicher und gefährlich wie keine andere Atomanlage und dazu noch womöglich unnütz - die WAA will keiner, selbst gestandene AKW-Befürworter reißen sich an den betroffenen Standorten, wie jetzt Volkmarsen, in den Widerstand ein.

Entsorgen tun wir morgen

Dieses hohle Versprechen hat seit jeher die Politik der Atommafia in der Entsorgung des von ihr produzierten Atommülls bestimmt. Sie hatte und hat ganz einfach kein unternehmerisches Interesse an der Entsorgung, denn auf diesem Gebiet warten eher unangenehme Pflichten, denn reizvolle Profitaussichten. Dieser Umgang mit der Entsorgung trug allerdings nicht unwesentlich zum Vertrauensschwund vieler Menschen gegenüber der Atomindustrie bei. Die mangelnde Entsorgung ist der Pferdefuß des Atomprogramms. Technisch scheint dieses Problem aus grundsätzlichen physikalischen Gründen nicht befriedigend lösbar. Man kann sich letztlich nur zwischen geringeren Übeln entscheiden.

Zur Zeit herrscht in den Chefetagen von DWK und PTB (Physikalisch technische Bundesanstalt) mittlere Panik. Zwei Projekte, auf die man alles gesetzt hatte, drohen zu scheitern:

- Die Einschmelzung hochaktiven Mülls in Glas

Vor wenigen Jahren noch als "optimale Methode" zur Endlagerung hochaktiven Mülls mit viel Hoffnung und Vorschußlorbeeren begleitet stehen die Wissenschaftler heute vor einem Trümmerhaufen. Yves Lenoir - Gutachter im Gorlebenhearing - und Professor Bertram - Geologe aus Braunschweig - hatten es bereits vor Jahren prophezeit, nun mußten auch die "übrigen" Wissenschaftler feststellen:

Die Glasstruktur wird in wenigen Jahren von dem starken Neutronenbeschuß zerstört, es entstehen Risse, radioaktive Gase können austreten.

10 Jahre Forschung, Versuche und Investitionen sind dahin. Bei der Einschmelzung hochaktiven Mülls muß die Atomindustrie bei Null wieder anfangen.

- Auch bei Zwischenlagerung abgebrannter Brennelemente - die Interimslösung der Atomindustrie in Sachen Entsorgung - tun sich erhebliche technische Probleme auf. Nachdem die DWK zunächst die Naßlagerung favorisiert hatte - dann aus finanziellen und politischen (Widerstand in Ahaus) Erwägungen kurzerhand

fallen ließ -, setzt sie seit ca. 2 Jahren auf die Trockenlagerung. Transportbehälter sollen in Daueraufbewahrungsbehälter umfunktioniert und gestapelt werden. Doch so einfach ist die Sache nicht. Material - insbesondere Dichtungsprobleme, gepaart mit mangelnder Erfahrung auf diesem Gebiet, lassen diese Art der "Zwischenendlagerung" immer mehr als Himmelfahrtskommando erscheinen. Es besteht die Gefahr, daß in wenigen Jahren diese Behälter nur noch unter größtem technischen und finan-

ziellen Aufwand geöffnet werden können, weil sich immer mehr radioaktive Gase unter den Verschußdeckeln der Behälter befinden oder diese bereits durchdrungen haben. Die Hersteller der Transportbehälter waren bis heute noch nicht in der Lage, sich auf einen ihrer vielen in Erprobung befindlichen Typen zu einigen und diesen dem zuständigen TÜV zur endgültigen Prüfung vorzulegen.

Alles in allem: Die Entsorgung ist heute mehr denn je eine offene Wunde im Atomprogramm.

Fazit

Diese 4 Pfeiler des Atomprogramms (Reaktorbau - SB/HTR - WAA - Entsorgung) sind sicher unvollständig geschildert, andere Probleme, wie z.B. die großen Schwierigkeiten gerade für die BRD auf dem weltweiten Markt für angereichertes Uran oder etwa die Kapitalbeschaffungsprobleme der Energieversorgungsunternehmen, sind hier gar nicht angesprochen. Auch mag es auf einigen Gebieten für die Atomlobby positive Entwicklungen gegeben haben. Insgesamt kann man aber meiner Meinung nach feststellen:

In der "friedlichen Nutzung der Atomenergie", im Atomprogramm der BRD, hat es in den letzten Jahren empfindliche Rückschläge auf technischem und ökonomischem Gebiet gegeben. Rückschläge, die in ihrer langfristigen Wirkung das Atomprogramm sicher stärker zurückgeworfen haben und es vor allem noch zurückwerfen werden, als es viele glauben.

Diese insgesamt sehr düstere Lage der deutschen Atomindustrie führt dazu, daß der harte

Kern der Befürworter enger zusammenrückt, geschlossener und massiver vorgeht, sich in Wort und Tat radikalisiert. Trotz oder auch gerade wegen ihres angeschlagenen Zustandes hat die Atomlobby eine Offensive gestartet. Brokdorf wird weitergebaut, in Gorleben wird womöglich bald der erste Stein für eins von vier geplanten zentralen Zwischenlagern gesetzt. In ein paar Wochen soll zum ersten Mal seit langer Zeit wieder ein AKW "an's Netz gehen": Grafenrheinfeld. Das Atomprogramm ist noch lange nicht gestoppt, geschweige denn gekippt. Auf der anderen Seite müssen wir aber auch in der Lage sein, zu erkennen, daß sich die Bedingungen für einen erfolgreichen Widerstand verbessert haben. Auf diese Situation muß die Anti-AKW-Bewegung mit verstärkten Aktivitäten auf allen Ebenen begegnen. Voraussetzung dafür ist aber, die momentan vorherrschende Situation erst einmal zu erkennen. Der Informationsmangel in der Öffentlichkeit, aber auch innerhalb der Anti-AKW-Bewegung, darüber ist erschreckend.

Vor den realen Möglichkeiten nicht die Augen verschließen

Große Teile der Anti-AKW-Bewegung, ganz besonders aber viele Aktivisten des "linken, radikalen und autonomen" Teils der Bewegung (zu dem ich mich auch zähle, und ich auch, der Setzer), haben meiner Meinung nach schon immer die Tendenz gehabt, auf einem Auge blind oder zumindestens stark sehbehindert zu sein. Die Unfähigkeit, Erfolge einzuschätzen, ist besonders hervorstechend und extrem zusammengefaßt in der Einschätzung des am Anfang zitierten HH-Autonomen "Von Niederlage zu Niederlage". Es stimmt auch nicht, wenn z.B. in einer Stellungnahme der BUU (in der Brokdorfdokumentation) behauptet wird: „Der Spielraum für eine Anti-AKW-Arbeit im Rahmen der bürgerli-

chen Spielregeln geht gegen Null.“ Was heißt denn das?: Alle Aktivitäten im Rahmen der bürgerlichen Spielregeln haben keine Erfolgsaussichten und sind deshalb abzulehnen?

Na denn gute Nacht! Wer glaubt, beim derzeitigen Stand der Auseinandersetzung um das Atomprogramm sei der "dezentrale praktische Angriff auf Einrichtungen der Atomindustrie" die einzige Perspektive, der plant die größte Niederlage der Bewegung. Im Grunde genommen haben sich unsere Aktionsspielräume in den letzten Jahren gar nicht so wesentlich geändert, das hat gerade Brokdorf 1981 gezeigt. Formal fallen die Entscheidungen über Teile des Atomprogramms nach den gängigen bürgerli-



chen Spielregeln. Wie diese Entscheidungen aussehen, und ob und mit welchem Preis sie durchgesetzt werden können, hängt zu einem wichtigen Teil davon ab, wie wir uns verhalten. Wir, als Teil der öffentlichen Bewußtseinsbildung und wir auch als eigenständige, kämpfende, Widerstand leistende Bewegung.

Unsere Stärke und damit unsere Wirkung beruht sowohl auf der Breite der Bewegung, die sich z.B. ausdrückt in den "Bündnissen" und Teilnehmerzahlen an Aktionen, als auch auf der Entschlossenheit, mit der wir auftreten.

Entschlossenheit drückt sich aus in der Klarheit dessen, was wir wollen, oder in der Klarheit dessen, was wir nicht wollen, wogegen wir also kämpfen. Und unsere Entschlossenheit drückt sich aus in der Form unseres Kampfes, in seiner Radikalität.

Am stärksten sind wir immer dann, wenn möglichst viele, unter möglichst klaren Zielen, möglichst entschlossen und radikal gegen das Atomprogramm vorgehen. An diesen Kriterien gemessen und unter der Berücksichtigung der sich ständig ändernden gesellschaftlichen Gesamtsituation kann man eine Theorie von den ständigen Niederlagen nicht halten. Bezogen auf die Brokdorf-Demonstration am 28.2. kann man dann nur feststellen:

Die Brokdorf-Demo ist eine der größten, eine der entschlossensten und eine der radikalsten Demonstrationen der Anti-AKW-Bewegung in den letzten Jahren gewesen. Insofern war sie ein großer Erfolg und wird sie auch positive Impulse für unseren weiteren Widerstand haben können.

Ob sie das auch hat, das hängt ganz wesentlich davon ab, wie wir diese Aktion auswerten. Dabei kommt den Aktivisten eine besondere Bedeutung und Verantwortung zu. Es darf sich nicht das wiederholen, was nach der 1004-Räumung abgelaufen ist. Nämlich eine Polarisierung der Diskussion in extreme Positionen, die wieder zu einer Aktionsunfähigkeit über lange Zeiträume führen kann.

Auf der einen Seite diejenigen, die zum x-ten Male den Kleinkrieg gegen die Atomindustrie als einzig erfolgversprechend propagieren und auf der anderen Seite die smarten Männer und Frauen, die uns lieber heute als morgen auf das

glatte Parkett des Dialogs mit den Mächtigen locken möchten. So oder so würde es das Ende der Bewegung langfristig bedeuten, wenn sich nicht in Zukunft diejenigen öfter und schärfer zu Wort melden, die auch zwischen diesen beiden Extremen eine Perspektive sehen.

Das ist sicher nicht einfach, eine solche Perspektive zu entwickeln. 100.000 in Brokdorf am Bauzaun haben nicht ausgereicht, um den Bau zu stoppen. So sieht es zumindest z.Z. aus. Doch hätten etwa andere Aktionen unter den momentanen Bedingungen den Bau stoppen können? Wohl kaum.

Die Brokdorf-Demo am 28.2. ist ein großer Schritt voran gewesen in Richtung der Verhinderung des AKWs und des gesamten Atomprogramms.

Wir sollten jetzt aufpassen und nicht zum x-ten Mal wieder die gleichen Fehler machen, jetzt wieder zu sagen: Großaktionen, Demos am Bauplatz usw., "die bringen nix". Die Tendenz dazu ist schon wieder da. Auf den Auswertungstreffen der Brokdorf-Demo jüngst in Hamburg wurde eine Erklärung verabschiedet (ist in diesem AE abgedruckt), in der als einzige Perspektive die Losung ausgegeben wird, demnächst dezentral in den Städten zu demonstrieren. Der Artikel des besagten Autonomen in der „Großen Freiheit“ endet mit der Aufforderung: Holen wir uns den Bauplatz in die Stadt und machen wir die Stadt zur Wiese.

Sicher kann es sinnvoll sein, auch z.B. gegen Brokdorf oder andere Projekte nicht vor Ort, sondern dezentral überall auf die Straße zu gehen. Aber eine neue Perspektive? Die Probleme mit der Staatsmacht haben wir in der Stadt genauso wie am Bauplatz. Das hat der Häuserkampf ja wohl gezeigt. Und Polizei und BGS sind sehr wohl in der Lage, „dezentral“ genug Sicherungskräfte auf die Beine zu kriegen. Ob am Bauplatz oder in der Stadt, die Kräfteverhältnisse werden qualitativ und quantitativ ähnlich sein.

Dazu kommt, daß sich bisher gemeinsame, also zentrale Aktionen vor Ort, z.B. am Bauplatz, als besonders wirkungsvoll erwiesen haben. Sowohl in der Wirkung auf die Öffentlichkeit und die Verantwortlichen, wobei man nicht nur die Aktion selbst, sondern die ganze Vorbereitung

sehen muß, als auch in der Mobilisierung unter den AKW-Gegnern. Oft war es leichter aus einer Stadt oder einem Ort 500 nach Hannover, Gorbelen oder Brokdorf zu mobilisieren, als 100 für einen Aktionstag. Daß das leichter ist, liegt daran, daß viele Menschen von der Wirksamkeit solcher dezentraler Aktionen nicht überzeugt sind, bzw. ihr Engagement lieber in eine „Massektion“ einbringen wollen, in der sich auch viele sicherer fühlen.

Beide Aktionsformen ergänzen sich, sie haben aber unterschiedlichen Charakter und sind nicht gegeneinander austauschbar.

Eine ausschließliche Orientierung auf dezentrale Aktionen gegen Brokdorf, wie sie die Erklärung des Auswertungstreffens vermittelt, halte ich für falsch. Dafür sehe ich keinen Anlaß. Im Gegenteil! Gerade der 28.2. hat die Durchführbarkeit und die Wirksamkeit von Großaktionen erneut unter Beweis gestellt.

Deshalb finde ich auch den Vorschlag der BI-Celle (auch hier abgedruckt!) unterstützenswert, nämlich im Sommer eine bundesweite Aktionswoche in der Wilster Marsch zu organisieren, um mit Blockaden und anderen Aktionen den Bau zu behindern und im Anschluß daran zu einer 2-tägigen Großdemonstration am und gegen den Bauplatz aufzurufen.

Unter den Aktivisten scheint sich mal wieder durchzusetzen, "Daß das nix bringt". Ich glaube, daß in diesem Punkt die „Massen“ anderer Meinung sind.

Sie sollten sich verstärkt zu Wort melden und aktiv in den Diskussionsprozeß um den weiteren Widerstand gegen Brokdorf und andere Projekte eingreifen. Nur so läßt sich eine Auseinandebewegung von Aktivisten und Basis der Anti-AKW-Bewegung, die meiner Meinung nach seit langem zu beobachten ist, verhindern. Die „Konsumhaltung“ vieler AKW-Gegner gegenüber denjenigen, die aktiv arbeiten, diskutieren und organisieren, darf nicht weiter um sich greifen.

Dazu gehört sicher auch, daß viele Aktive gegenüber anderen Meinungen und Einschätzungen offener werden müssen.

Der Kampf geht weiter!

B. aus der Redaktion



Mordversuch im

Mord, das steht für ein grausames, geplantes, d.h. vorsätzliches Verbrechen, das aus niedrigen Beweggründen begangen worden ist. Mordversuch durch AKW-Gegner? Was ist geschehen?

Am Montag nach der Demo veröffentlichte die Springer-Zeitung „Hamburger Abendblatt“ ein inzwischen wohl allseits bekanntes Foto: Polizist im Wassergraben, einer hält ihn fest und von zwei anderen bekommt er Prügel mittels Knüppel und Spaten.

Das gleiche Bild einige Tage später über zwei Seiten im „Stern“ als „Aufmacher“. Der „Stern“, sonst sich immer als „scheinbare Anti-Atomkraft-Zeitschrift“ profilierend, hat seine kritische Fassade abbröckeln lassen. Mordversuch! Das bringt Leser – egal, in welchem Zusammenhang die fotografierte Situation stand...

Daraufhin erst wurde die Staatsanwaltschaft aufmerksam und fahndete bundesweit. Am Samstag, den 14. März, erscheint dasselbe Foto in mehr als 200 Zeitungen, das Fernsehen verbreitet es in Großaufnahme, 5.000DM Kopfgeld werden für Hinweise auf die Täter ausgesetzt. Das Bild hatte der Hamburger Fotograf Tobias Heldt (arbeitet auch für „Quick“) dem „Abendblatt“ und dem „Stern“ verkauft, zusammen mit sieben weiteren. Ein achttes, das die Gesichter von Beteiligten zeigen soll, hält er zurück. Unter Androhung von Beugehaft rückt er dann aber auch dieses heraus nach der Zusicherung, daß sein Name nicht in den Akten auftauchen soll.

„Nach Darstellung des Oberstaatsanwalts Räfler wurde die 'umfangreiche und schwierige Ermittlungsarbeit' der Polizei durch eine große Anzahl von Einzelhinweisen 'aus der anerkanntermaßen mitwirkungs bereiten Öffentlichkeit unterstützt'. Gegen den 19-jährigen sei dringender Tatverdacht begründet. Außerdem sei sowohl Fluchtgefahr als auch Verdunkelungsgefahr gegeben.“ (aus TAZ, 30.3.)

Wie zynisch die Ermittlungsbehörden hier vorgehen, wird daraus deutlich, wenn z.B. die 'Verdunkelungsgefahr' damit begründet wird, daß Markus alle Tatwerkzeuge schon beiseite geschafft habe! Die Hausdurchsuchung hatte, wie erwähnt, kein belastendes Material zutage gefördert.

Der Haftbefehl für Markus beschuldigt ihn, „gemeinschaftlich mit weiteren, namentlich nicht bekannten Tätern handelnd, versucht zu haben, einen Menschen aus niedrigen Beweggründen zu töten“!

Während zur gleichen Zeit, am gleichen Ort, vorher wie nachher, Dutzende von Demonstranten krankenhaureif geprügelt wurden, während völlig enthemmte und verhetzte Polizisten die AKW-Gegner mit Hubschraubern und zu Fuß wie Hasen über die Wiesen jagten, während Sondereinsatzkommandos bereits abziehende Menschen überfielen, verprügelten, traten, werden Schläge für einen Polizisten, der sich in den Stunden davor als leidenschaftlicher Menschenjäger hervorgetan hatte, der bei einer

das Eis. Er brach ein, und der Polizist versuchte weiter von oben auf ihn einzuschlagen. Dabei brach der Polizist selbst ein; er rutschte auf der Kante ab.“

(aus „Zeit“, ebd.)

„Nach 'Schätzungen' des Fotografen Heldt bekam Schütt fünfmal den Knüppel und zweimal den Spaten auf den Kopf. Wernecke bezeichnete den Polizisten Schütt als 'besonders dienstfrig'. Ein anderer Zeuge wurde gegenüber unserer Redaktion noch deutlicher und sprach von einem 'Wüterich'.“

(TAZ, 3.4.81)

Dabei stehende Demonstranten brachten den Polizisten dann zu einem nahe gelegenen Bauernhof, wo eine Sanitätsstation für Demonstranten eingerichtet war. Der dort arbeitende Arzt sagte später:

„Der Polizist kam zu Fuß an und wurde von einer kleinen Gruppe von Demonstranten begleitet. Er wurde nicht gestützt von seinen Begleitern. Er war durchnäßt und nicht mehr ganz sicher auf den Beinen, was wohl eine Folge seines Schockzustandes war.“

Kannst du was zu den Verletzungen sagen?

Ja, ich möchte aber erst noch etwas anderes sagen. Als er bei uns ankam, da machte er doch den Eindruck der Erleichterung, einer für ihn gefährlichen Situation entronnen zu sein. Er hat sich dann auch den Begleitern gegenüber dankbar gezeigt. Er sagte wörtlich: 'Ihr habt mir das Leben gerettet'. Dieses gerade zurückliegende Erlebnis war offenbar nicht so tiefgreifend, daß er nicht dann bei uns seine ganzen Sinnen und Trachten darauf richtete, schnellstmöglichst zu telefonieren und irgendeiner Polizeidienststelle den Verlust seiner Dienstwaffe zu melden.

Das war sein erstes Problem, das er hatte?

Nachdem er sich bei den Begleitern bedankt hatte, ja. Das ging soweit, daß wir erst nicht die Möglichkeit hatten, ihm zu untersuchen und zu behandeln, ihn zur Ruhe zu kriegen. Er hat dann dem Polizeiposten in Wilster persönlich die Meldung vom Verlust der Pistole durchgegeben, wobei er immer davon sprach, daß sie ihm abgenommen worden sei. Später hat er dann von sich aus Überlegungen angestellt, daß die Waffe auch im Graben verlorengegangen sein kann.“

(TAZ, 3.4.81)

Währenddessen, obwohl der Polizist also sofort telefoniert hatte (!) und dabei die genaue Lage des Bauernhofs für einen Rettungshubschrauber angegeben wurde, informierte der Schleswig-Holsteinische Innenminister Barschel den NDR, daß ein Polizeibeamter von Demonstranten als Geisel genommen wurde.

„Barschels Unterstellung war allenfalls vertretbar für die kurze Zeit, bis Schütt mit der Polizeistelle in Wilster telefoniert hatte. Aber bis zu seinem Anruf war Schütt gar nicht vermißt worden. Kein Mitschreiber im Sonderkommando hatte Schütts Notlage bemerkt; keine Polizeikamera hat die Szene am Wassergraben gefilmt. Obwohl Schütt dann selber vom Bauernhof anrief, glaubte die Einsatzleitung an eine Finte.“

(Zeit ebd.)

In dem Interview, das die TAZ mit dem behandelnden Arzt führte, heißt es zum Verhalten der Polizei weiter:

„Wielange dauerte es, bis er abgeholt wurde? Etwa neunzig Minuten ...

Wieso diese lange Zeit?

Während dieser neunzig Minuten haben wir noch dreimal angerufen. Zuerst bei dem Polizei-



Am 16. März geht bei der Polizei ein anonymer Anruf ein, der 19-jährige Gymnasiast Markus Mohr aus Dithmarschen sei der mit dem Spaten! Eine sofortige Hausdurchsuchung bei Markus fördert weder den Spaten noch den auf dem Foto gut sichtbaren Helm zutage. „Andere bei ihm beschlagnahmte Gegenstände erhielt Mohr am 19. März zurück. Obwohl danach keine neuen Beweise aufgetaucht waren, wurde er am 27. März verhaftet. Die neue Erkenntnis: Ein Zeuge hatte ausgesagt, Mohr habe kurz vor der Demonstration einen Spaten gekauft; er glaube, diesen auf dem Photo wiederzuerkennen.“ (Die Zeit, 17/17. April 81)

Knüppelorgie ausgerutscht und ins Wasser gefallen war, werden Prügel für ihn als 'Mordversuch aus niedrigen Beweggründen' bezeichnet!

Welchen Moment erfaßt das berüchtigte Foto?

Ein Augenzeuge, der Bremer Dozent Klaus Wernecke, der jenseits des Wassergrabens stand, sagte dazu:

„Ein einzelner Demonstrant wurde von den Polizisten in den Wassergraben getrieben. Der Polizist schlug von oben auf ihn ein. Der Demonstrant versuchte sich zu retten und sprang auf

Wassergraben ?



posten in Wilster. Da sagte der Beamte – das war 5 bis 10 Minuten nach dem ersten Anruf – ja, das ist ja gefährlich, da können ja Demonstranten den Hubschrauber angreifen oder den Polizisten lynchen, das ist wörtlich gefallen. Auch nach unserem Hinweis, daß sich weit und breit kein Demonstrant befinde, tat sich nichts und tat sich nichts. Stattdessen setzte dann so um halb fünf der Angriff der Hubschrauber gegen die zurückströmenden Demonstranten ein. Kurz nach fünf Uhr, weil er selber auch unruhig wurde, hat er uns eine Geheimnummer gegeben, die er vor dem Einsatz mitgeteilt bekommen hatte von der Polizeileitung auf dem Bauplatz, da haben wir mit denen telefoniert und dort nochmals die Dringlichkeit des Abtransports angemahnt. Da sagte der Beamte am anderen Ende, man müsse doch den Abtransport sichern und neue Einsatzkräfte zusammenziehen und im übrigen seien alle Hubschrauber im Einsatz. Für mich heißt das, daß nie ein ziviler Rettungshubschrauber angefordert worden sein muß, daß Deutsche Rote Kreuz bestätigte uns später diese Annahme.“

TAZ, 3.4.81)

Die peinliche Verzögerung blieb glücklicherweise ohne Folgen. Die ärztliche Befürchtung, Schütt könnte einen Schädelbasisbruch erlitten haben, bestätigte sich nicht. Er trug eine Schädelprellung, Schürfwunden im Gesicht, eine Gehirnerschütterung davon und litt an Unterkühlung. (Nicht zuletzt deswegen, weil er, laut TAZ-Interview, nicht entkleidet wurde, weil man jede Sekunde mit dem Rettungshubschrauber rechnete!)

Die Rettungsaktion auf dem Bauernhof wurde – wider besseren Wissens – einige Tage später in einem Interview mit dem Leiter der Schleswig-Holsteinischen Schutzpolizei Walter Schmidt

im „Hamburger Abendblatt“ so dargestellt: „Auf dem Weg zu einem nahe gelegenen Bauernhof wurde der bereits schwer verletzte und völlig durchnäßte Polizist und seine 'Bewacher' noch einmal überfallen und 'furchtbar zusammengeschlagen', so Walter Schmidt. Zur Demonstranten-Szene gehörende Ärzte in dem Bauernhof alarmierten dann den Rettungshubschrauber. Walter Schmidt: 'Laßt ihn in Ruhe, der kommt doch nicht durch, sollen die Ärzte im Bauernhof gesagt haben.'“

(TAZ, 3.4.81)

Noch Wochen später wurde von den angeblich lebensgefährlichen Verletzungen des Polizisten in verschiedenen Zeitungen berichtet. (Vgl. Neue Osnabrücker Zeitung, 30.3.81)

Seit dem 27.3. sitzt Markus in Untersuchungshaft in Neumünster. Die „Zeit“ schreibt dazu: „Voraussetzung für die Untersuchungshaft ist nach dem Gesetz 'dringender Tatverdacht'. Reicht dazu ein anonymer, telefonischer Hinweis auf den angeblichen Täter aus? Reicht die Zeugenaussage, Markus Mohr habe einen Spaten gekauft? Gibt es nicht zu denken, daß Mohrs Helm nicht mit dem Helm identisch ist, den der Schläger auf dem Foto trägt? und selbst unterstellt, Mohr wäre einer der Schläger gewesen: Läßt sich aus der Wassergraben-Attacke ohne weiteres die Absicht der Täter entnehmen, den Polizeibeamten zu ermorden?“

(Zeit ebd.)

Wenige Tage nach Markus' Verhaftung wurde am 1. April ein zweiter AKW-Gegner mit der gleichen Beschuldigung festgenommen und eingesperrt: der 36-jährige Zementarbeiter Michael Duffke aus Bremen.

Außer Markus und Michael, denen die Prügel für den Polizisten Schütt als „versuchter, gemeinschaftlicher Mord“ in die Schuhe geschoben werden soll, sitzen seit dem 17. Januar(!) zwei weitere AKW-Gegner im Untersuchungsgefängnis von Neumünster ein. Frank Breyhahn und Axel Schrotmann, beide 18 Jahre alt und aus dem Untereibe-Dörfchen Kollmar stammend, wird vorgeworfen, einen Brandanschlag auf das Amtsgericht und die Stadtwerke von Glückstadt verübt zu haben.

Schreibt den Leuten Briefe in den Knast, unterstützt sie durch Öffentlichkeitsarbeit:

JVA Boostedter Straße 30, 2350 Neumünster

Demo in Neumünster

In Neumünster fand am 11.4. eine Kundgebung und Demonstration von 500 AKW-Gegnern statt. Dort sprachen die Mütter der jugendlichen Inhaftierten und berichteten über die Schikanen im Knast.

Auf der Demo wurde auch ganz klar ausgedrückt, was wir alle denken: die Justiz macht sich zum willfährigen Büttel der Politiker und der Atommafia, um die gesamte Bewegung zu kriminalisieren. Denn, wenige sind im Knast – gemeint sind wir alle!

Auch in anderen Städten fanden Kundgebungen und Protestdemonstrationen gegen die Kriminalisierung der AKW-Gegner statt.

Anfang März dieses Jahres wurde der Polizeihauptwachmeister Süß vom Passauer Landgericht zu neun Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt. Tatvorwurf: Versuchter Totschlag, Tathergang: Süß hatte zusammen mit einigen Kollegen bei der Verfolgung eines Landwirts mehrere Magazine Pistolenmunition auf das Auto des Bauern leergeschossen sowie Tränegasgranaten in das Wageninnere geschleudert.

So lächerlich gering das Urteil auch ausfiel; es

wehrt terroristischer Anschläge“ gelten, sondern den sich verbreitenden und radikalierenden Massenprotesten, trotz alledem gibt es immer wieder und immer mehr Demonstranten, die sich gegen die organisierte staatliche Brutalität wehren, um ihre eigene Gesundheit und die anderer zu schützen.

Daß dieses Sich-Wehren meistens nicht nur gewaltfrei vorgeht, sondern daß oft Steine fliegen und Demonstranten sich selber mit Knüppeln ausrüsten, führt zu heftigen Diskussionen über

Mit solchem Verhalten muß sich die Bewegung aber solidarisch auseinandersetzen. Die Bewegung selbst, wohlgekannt.

Polizei und Justiz, Politiker und Presse jedenfalls sollen sich nicht anmaßen, über unseren Widerstand zu befinden. Sie haben kein Recht dazu, lediglich die Macht, das Recht in ihre Paragraphen zu zwingen, nach ihren Interessen zu beugen.

Diejenigen, die Atomanlagen bauen und betreiben, sind kriminell, nicht wir, die sie bekämpfen

Die verlogene Moral von Heuchlern

überrascht dennoch die Tatsache, daß der Polizist überhaupt für schuldig befunden wurde. Denn in so gut wie allen Fällen von Mord und Totschlag, begangen von Polizeibeamten in und außer Dienst, werden Gerichtsverfahren gar nicht erst eröffnet, und wenn doch, dann gibt es Freisprüche. Dies nicht nur bei spektakulären Fällen wie den Erschießungen von „Terroristen“, sondern auch dann, wenn sich bei Verkehrskontrollen oder Personenüberprüfungen „Schüsse versehenlich lösen“.

Bei allen Demonstrationen – sei es gegen Atomanlagen, gegen die Wohnungsnot, gegen Kriegshetze –, bei denen es zu Auseinandersetzungen kommt, werden Demonstranten von schwerbewaffneten und zum Teil völlig verhetzten Polizisten krankenhausreif geschlagen. In solchen Fällen wird nicht etwa wegen schwerer Körperverletzung oder gar wegen versuchten Mordes ermittelt, sondern es wird den Polizeikräften in aller Öffentlichkeit von Politikern und Presse für ihre Besonnenheit gedankt. Je brutaler die Übergriffe, desto größer das Lob...

Trotz dieses zunehmend härteren Vorgehens der Polizei, trotz der vor allem von Möcklinghoff und Tandler offensiv vertretenen Pläne nach Ausrüstung der Polizei mit schwereren Waffen, wie Abschußgeräten für Gummiwuchtgeschosse und Gummischrot, wie „wirksamerer CN- und CS-Beimischung in Wasserwerfern“, wie panzerbrechenden und Luftabwehrwaffen, die, wie Möcklinghoff weismachen will, nicht der „Ab-

die Formen des Widerstandes innerhalb der Bewegungen, bei AKW-Gegnern, Häuserkämpfern und anderswo.

Daß Wut und Empörung von angegriffenen Demonstranten sich wie in Brokdorf in Aktionen wie dem Verprügeln eines einzelnen Polizisten Luft machen, ist noch mehr umstritten.

Wir haben über diese spezielle Sache lange geredet. Das Verprügeln eines einzelnen in der Situation des Polizeibeamten Schütt, d.h., seine Wut an einem inzwischen Wehrlosen auszulassen, fanden wir alle nicht richtig.

Trotzdem – verstehen und nachvollziehen können wir das Handeln auch in diesem Fall.

Die drei Leute um Schütt haben mit Sicherheit die vorherige Prügelorgie Schütts mitbekommen und nicht zuletzt dem verprügelten Demonstranten durch ihr Handeln die Flucht ermöglicht. Letztendlich haben Leute von uns Schütt aus seiner Lage befreit und ihn in ärztliche Versorgung gebracht. Wann ist in einer umgekehrten Situation von Polizisten ihren Kollegen Einhalt geboten worden? Wie oft sind verprügelte Demonstranten hilflos von den Schlägern liegengelassen worden?

Wir wollen nicht so handeln wie die Staatsbüttel, die Wehrlose auf den Wachen oder in sonstigen hilflosen Situationen halbtot prügeln wie z.B. in Brokdorf den Verhafteten geschehen! (Stichwort: Spießbrutenlaufen!)

In der Gesellschaft, die wir anstreben, sollen solche Sachen nicht vorkommen.

und verhindern. Es ist der reine Hohn und an Zynismus nicht mehr zu überbieten, wenn diejenigen, die Atomraketen und Neutronenbomben stationieren wollen, die Diktaturen und Folterregimes mit Waffen und Geld vollstopfen und so direkt mitschuldig an der Ermordung Tausender werden, die des Profits wegen ganze Völker verhungern lassen und die desselben Profits wegen auch im eigenen Land die Lebensgrundlagen von immer mehr Menschen zerstören, wenn die bei ein paar klirrenden Scheiben oder einer vom Brokdorfer Bauzaun abgrupften Rolle Stacheldraht über «Gewalt»jammern und lamentieren!

Und wenn sie ihre Profitinteressen bedroht sehen, z.B. durch 100.000 Menschen, die sich nicht um Demonstrationsverbote, Verfügungen und Auflagen scheren, dann jammern und lamentieren sie nicht nur, dann fahren sie schweres Geschütz auf, um zu verhindern, daß das wieder vorkommt.

In diesem Zusammenhang sind die Festnahmen und Anklagen vor, während und nach der Brokdorf-Demo zu sehen, vor allem auch der ungeheuerliche, durch nichts aufrecht zu erhaltende Vorwurf des versuchten Mordes – durch nichts, außer dem Willen des Staates, Macht zu demonstrieren und Widerstand zu zerschlagen. Unser Kampf gegen Brokdorf wie auch gegen das Atomprogramm insgesamt muß weiterhin und noch enger verknüpft werden mit dem Kampf gegen die Kriminalisierung.

Die Redaktion

RECHT MUSS RECHT BLEIBEN!

Die Nürnberger Massenverhaftung aller zumeist jugendlichen Besucher eines Kommunikationszentrums nach einer Demonstration gegen die Wohnungsnot machte auf eine Entwicklung aufmerksam: Immer öfter wird versucht, soziale Probleme mit fragwürdigen juristischen Mitteln zu verdecken, statt zu ihrer gesellschaftspolitischen Lösung Wege in Angriff zu nehmen.

Von der Öffentlichkeit bislang weitgehend nicht zur Kenntnis genommen, wurden solche Verfahren auch in unserem Raum gegen Atomkraftgegner exemplarisch hart durchgeführt. Zwei 18jährige Jugendliche sitzen nunmehr seit Anfang Februar in Untersuchungshaft, weil ihnen zwei Brandanschläge zur Last gelegt werden.

In der Folge der letzten Brokdorf-Demonstration von ca. 100.000 Menschen wurde auf der Grundlage eines spektakulären Fotos – es zeigt das Einschlagen von Demonstranten auf einen Polizisten, ohne zu zeigen (wie auf anderen Bildern zu sehen), wie dieser Polizist Sekunden zuvor noch Demonstranten prügelte – sogar mit einer völlig aus der Luft gegriffenen Anklage wegen Mordversuchs ein 19jähriger Schüler verhaftet.

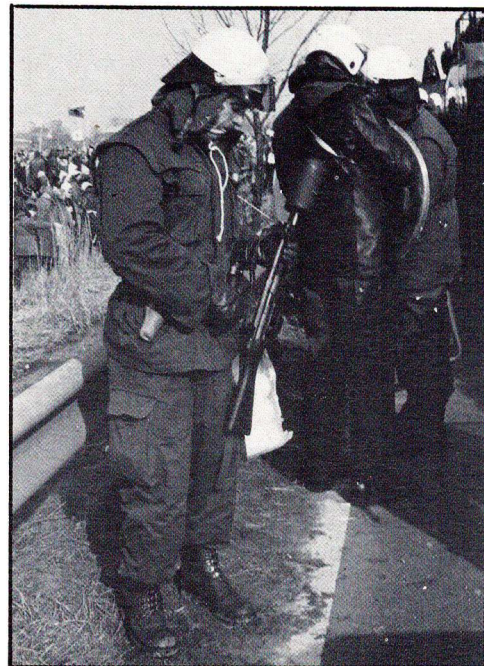
Alle betroffenen Jugendlichen haben einen festen Wohnsitz in ihrem Elternhaus. Dennoch werden sie in Untersuchungshaft gehalten, wobei sie großem psychischem Druck und anderen Nachteilen in Schule und Beruf ausgesetzt werden, ohne daß der juristischen Wahrheitsfindung damit vorangeholfen wird. Es muß sich der Verdacht aufdrängen, daß hier Einzelne zur Abschreckung, also auspolitischen und nicht juristischen Gründen, an den Pranger gestellt werden.

Solche Maßnahme verstößt gegen die Prinzipien des Rechts und der Menschlichkeit. Darum unterstützen wir – ganz unabhängig vom tatsächlichen Sachverhalt – die Forderung nach sofortiger Freilassung dieser jungen Menschen.

Erstunterzeichner dieser Erklärung sind:

Marlene + Albert Reimers, Landwirte, Wewelsfleth; Heinrich Voß, Landwirt, Wewelsfleth; Werner Molkenkin, Bau-Ingenieur, Borgfleth; Hans Ostermann, Fischer, Kollmar; Werner Götsche, CDU-Gemeinderat, Wewelsfleth; Uwe Pahl, SPD-Kreistagsabgeordneter, Wewelsfleth; Rudolf Bolten, Landwirt, Wewelsfleth; Rolf Hellerich, CDU-Gemeinderat, Wewelsfleth; Antje + Erwin Ahmling, SPD-Gemeinderat, Brokdorf; Albert Paulsen, Steuerberater, Brokdorf; (alle Kläger gegen das AKW Brokdorf); Uwe Martensen, SPD-Ortsvorsitz, Wilster; Käthe Stäcker, Pastorin, Kollmar; Gerd Nedderhut, Glückstadt; Lisa Martens, SPD-Ratscherrin, Wilster; Thomas Wulff, Malermeister, Wilster; Ortwin Schmidt,

Oberstudienrat + SPD-Kreistagsfraktion, Heiligenstedten; Kay Plehn, Betriebsrat, Wilster; Peter Rehfeld, Drogist, Krempe; H-J. Schlage, Tischler, Grüne Liste Dithmarschen; Uta Wilke, Landesvorstand Die Grünen, Kiel; Josef Leinen, Vorstand Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz; Walter Sauermilch, Architekt, Pinneberg; Ulrich Hentschel, Pastor, Rellingen; Günther Millauer, Juso-Kreisvorsitzender, Pinneberg; Willi Piecyk, Juso-Bundesvorsitzender, Pinneberg; Gerd Wasmund, Journalist, Hamburg; Winfried Günemann, Rechtsanwalt, Hamburg; Dr. Henning Wriedt, Dipl.-Physiker, Hamburg; Juan Bergmann, Physik-Student, Hamburg; Jochen Siewers, Pastor, Brunsbüttel



Sperre bei Dammfleth: Polizei mit MP und neuartiger Abschußvorrichtung für Gasgranaten

Kriminalisierung Kriminalisierung Kriminalisie

Treffen der Brokdorf-Betroffenen

Am 5.4. fand in Hamburg ein 2. Treffen von Leuten, die in Brokdorf verhaftet und/oder verletzt wurden, von Anwälten und Leuten von Ermittlungsausschüssen statt.

Mehrere in Brokdorf Verhaftete bekamen die Mitteilung, daß gegen sie wegen „Teilnahme an einer verbotenen Demonstration“ wegen Ordnungswidrigkeit ermittelt wird. Bußgelder von 5.- bis 5000.-DM sind da möglich! Z.T. hatten die Briefe den Vermerk, daß weitere Ermittlungen damit nicht ausgeschlossen seien. Jede/r, der/die so ein Schreiben bekommt, sollte sich 1. einen Anwalt besorgen, und 2. keine Stellungnahmen abgeben, um sich nicht selbst für eventuelle weitere Verfahren zu belasten. (In Göttingen ist ein AKW-Gegner mit 500.-DM Bußgeld belegt worden. Er hat allerdings bei seiner Verhaftung **nicht** von seinem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch gemacht, sondern zugegeben, daß er sich im Recht fühlte, weil er ohne Behinderungen durch die Dammflether Sperre gelassen worden war. In dem Bescheid heißt es dazu – zwar nicht wörtlich, aber doch sinngemäß – Unwissenheit schützt vor Bestrafung nicht. Die Aussage galt als Bestätigung, daß der Typ demonstriert hatte, also hat er ein Bußgeld zu bezahlen! ...

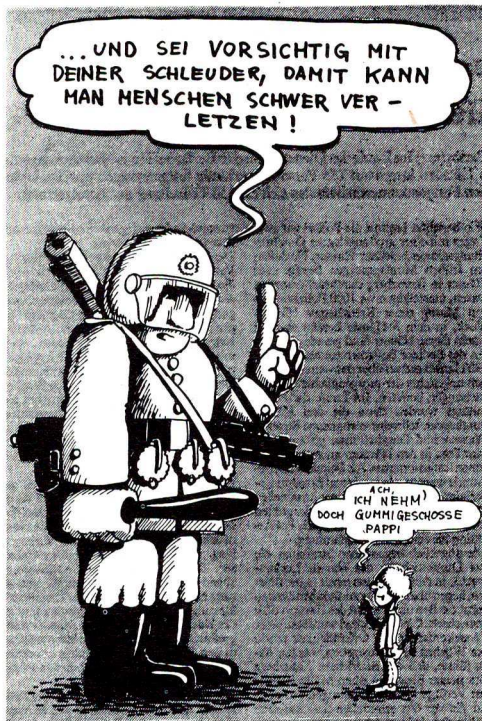
In einer anderen Stadt bekamen AKW-Gegner, die **vor** der Demo einen Info-Tisch gemacht und dabei Flugblätter verteilt hatten, die zur Demo aufrufen, von der Polizeibehörde Anhörungsaufforderungen, weil sie „öffentlich zu Ordnungswidrigkeiten aufgefordert“ hätten.

Weiter zu dem Treffen:

Ein größerer Teil der Verhafteten hat bisher noch keine Mitteilung erhalten, z.T. sind nach Lage der Dinge noch schwerere Vorwürfe (Landfriedensbruch, schwere Gewaltanwendung etc.) zu erwarten.

Einige derjenigen, die bei der Demo besonders mißhandelt wurden und andere Betroffene überlegen, Anzeige gegen Polizisten/den Polizeieinsatz zu stellen. Dies hängt im Wesentlichen davon ab, ob Zeugen und Bildmaterial ausreichen und insgesamt eine Basis für eine solche Kollektiv-Anzeige da ist, d.h. in verschiedenen Orten Öffentlichkeits- und Unterstützungsarbeit gewährleistet ist. Der Vorschlag besteht, eine Sammel-Anzeige zu machen. Leute, die dabei mitmachen wollen als Anzeiger oder Zeuge oder Unterstützer sollen sich melden! Es wurde überlegt, aus dem vielen gesammelten Material zu Polizeiübergreifen, Mißhandlungen usw. ein öffentliches Tribunal zu veranstalten. Anlauf- und Anschreibstelle für alle Kriminalisierungssachen (konkrete Augenzeugenberichte, Betroffenenberichte, Bildmaterial mit Namen und Adresse des Fotografen etc):

BUU (Ermittlungsausschuß)
Bartelstr. 26, 2000 Hamburg 6
Tel.: 040-43 21 71 oder 439 86 71 werktags
17.00 – 19.00 Uhr und Leute
Spendet für Ermittlungs- und Prozeßkosten
Stichwort «Brokdorf 28.2.»
Spendenkonto Ermittlungsausschuß
Nr. 111 84 13
BLZ 200 300 00 Vereins- und Westbank



RICHTIGSTELLUNG

Im letzter Atom Express haben wir die Zeitung «1984» aus der wir den Artikel „Der Stein des Anstoßes“ herausgenommen hatten, irrtümlicherweise als Herausgeberin die BUU-Glückstadt angegeben. Das ist natürlich nicht richtig! Die Herausgeber sind die BUU-Itzehoe und die Bewegung Weiße Rose. T'schuldigung!!

Anti-Atom-Dorf Grohnde: Leistungsbescheide rechtswidrig

In den Verfahren aus Anlaß der Räumung des AAD-Grohnde liegt jetzt ein Gerichtsbescheid des Verwaltungsgerichts Hannover vor. Wie sich bereits absehen ließ, ist der Klage in vollem Umfang stattgegeben worden, die die Leute, die sog. Leistungsbescheide bezahlen sollten für die polizeiliche Räumung, eingereicht hatten. (Vgl. AE, Nr.21)

Anzumerken ist dazu folgendes:

1. Die 6. Kammer des Verwaltungsgerichts war der Auffassung, daß der gesamte Tatbestand aufgeklärt ist. Gestützt wird dies insbesondere auf das vorangegangene Verfahren, in dem die Räumung selbst für rechtswidrig erklärt worden war. In rechtlicher Hinsicht vertrat das VG eindeutig die Auffassung, daß die Leistungsbescheide der Bezirksregierung Hannover einer Rechtsgrundlage entbehren und somit rechtswidrig sind!!! Na klar!!!
2. Aufgrund dieser Auffassung wollte das VG ohne mündliche Verhandlung ein „Urteil“ aussprechen, und zwar in Form eines Bescheides.

Auch in Bamberg: Ärger um Asterix

Zur Vorgeschichte: Irgendwann im Frühjahr 1980 hat ein Zivilpolizist im Bamberger Collibri-Buchladen, in dem ich arbeite, ein „Asterix und das Atomkraftwerk“ gekauft. Am 14.11.80 folgte ich einer mündlichen Vorladung der Bamberger Kripo. Ich gab zu, daß wir Anfang 1980 einige Exemplare des Asterix-Heftes verkauft haben.

Offenbar will man uns jetzt stellvertretend für die der Polizei unbekanntem Herausgeber und Drucker eine Strafe aufbrummen. Böses läßt mich insbesondere die „Unterwerfungserklärung“ (was für eine Sprache!) ahnen, der zufolge wir uns zum Schadensersatz verpflichten sollen. Das kann ja heiter werden.

Ich wäre sehr dankbar für Tips, wie wir uns wehren können. **Telefon: 0951-28825.**
 Mit bangen Grüßen Wolfgang

Den Bambergern wurde eine bisherige Kostenrechnung von fast 1000.-DM gemacht und folgende „Unterwerfungserklärung“ sollten sie unterschreiben:

Ich verpflichte mich, bei Meidung einer Vertragsstrafe von DM 2000.-, zahlbar an Herrn Albert Uderzo, Neuilly, Frankreich, es zu unterlassen, Hefte mit dem Titel „Asterix und das Atomkraftwerk“ zum Verkauf anzubieten oder zu vertreiben.

Ich verpflichte mich dem Grunde nach zum Ersatz jeglichen Schadens, der Herrn Uderzo durch den Vertrieb derartiger Hefte entstanden ist.

Unterschrift.....

Urteil im Zint-Prozeß

Ein Schritt zur Wiedereinführung der Zensur hat am 12. Januar das Amtsgericht Frankfurt getan. Ein Amtsrichter verurteilte den Hamburger Pressefotografen Günter Zint zu 300.- DM Geldstrafe, weil er in dem von ihm beim Verlag 2001 herausgegebenen Taschenbuch „Gegen den Atomstaat“ das Foto des Leiters eines Film- und Foto-Dokumentationstrupps des BGS veröffentlichte. Das Urteil wurde auf zwei Jahre zur Bewährung ausgesetzt. Kassiert wird also erst im Wiederholungsfall.

Grundlage der Verurteilung ist das im Jahre 1907 verabschiedete Kunsturhebergesetz, dessen §22 die Veröffentlichung von Fotos von der Einwilligung des Abgebildeten abhängig macht. Von dieser Einwilligung ausgenommen sind u.a. Abbildungen von Personen der Zeitgeschichte. Der BGSler, so der Amtsrichter, soll keine solche Person sein.

Das Urteil führt, wenn es Bestand hat, für Fotografen wie Zeitungen eine teilweise Zensur ein. Der von Zint fotografierte Beamte stellte, unterstützt von seinen Vorgesetzten, jetzt auch Strafanzeige gegen das Fernsehmagazin Panorama, das den Fall aufgegriffen und den Herren ebenfalls gezeigt hatte. (Siehe auch letzter AE)

